

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. **Sperrkarte** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. **Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei einmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. **Vereinbarungen** 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 214.

Dresden, Dienstag den 15. September 1908.

19. Jahrg.

Vom Parteitag.

München, 14. September.

Schon zeitig nahmen heute früh die Delegierten im Belobrom-ale ihre Plätze ein; auch die Pressevertreter fanden sich überaus zahlreich ein, zwei die ganze Breite des Saales durchquerende Reihen waren für sie reserviert, es mögen fast hundert Journalisten und Korrespondenten, mehr als je auf einem Parteitag, anwesend sein, darunter eine größere Zahl von ausländischen Delegierten. Die Tribüne, wo der Tisch des Präsidiums steht, ist ebenso wie die Bänke des Saales schon besetzt, die Götter der Freiheit ruht weithin leuchtend. Die Delegierten haben, zum Teil landsmannschaftlich geordnet, an den langen Tischreihen Platz genommen.

Die Verhandlungen begannen mit der Feststellung der Tagesordnung. Während der von einigen Parteilorten gestellte Antrag, die Öffentlichkeit der Bewegung auf diesem Parteitag zu behandeln, von dem Antragsteller „angesichts der Arbeiten des Parteitages“ zurückgezogen wurde, gelangte ohne Widerspruch die Frage der Budgetbewilligung als besonderer dritter Punkt auf die Tagesordnung. Der Vorsitzende Genosse Singer schlug vor, Nebel als Referenten für diese Frage zu bestimmen und wählte zu einem Vertreter aus Baden und aus Bayern das Wort mit wünschenswerter Bedeutsamkeit zu geben; er teilte ferner mit, daß der Vorstand zu dieser Frage dem Parteitag eine Resolution unterbreiten werde.

Nähe-Wagdeburg begründete den Antrag, die auswärtige Politik ausführlich zu erörtern, hauptsächlich mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokratie nicht nur gegen die Kriegsbepfe protestieren müsse, sondern Karstellern solle, was sie zu tun bedenkt, um mehr als bisher auf diesem Gebiete praktisch einzuwirken und das Volk auf diese Fragen zu lenken. Der Antrag fand keine Annahme, Singer in Aussicht stellte, daß der Parteivorstand eine Resolution zur auswärtigen Politik vorlegen werde, wobei Gelegenheit auch zur Aussprache geboten würde.

Kun aber gestaltete sich sogleich der nächste Akt der Parteitagsfähigkeit zu einer Demonstration der auswärtigen Politik von großem Eindruck. Sobald die Tagesordnung festgesetzt war, erfolgte die Begrüßung durch die ausländischen Gäste. Schon die Anwesenheit dieser Gäste aus dem Ausland bedeutet eine neue eine Bekräftigung des internationalen Geistes der Arbeiter. Aber von höher aktueller Bedeutung war es, daß gerade aus England zwei Parteifreunde das Wort nahmen, um erst und nachdrücklich für den gemeinsamen Kampf der deutschen und der englischen Arbeiter gegen jeden Chauvinismus die Stimme zu erheben. Der englische Sozialist, so erklärte Quetch als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, werden alles tun, um den internationalen Konflikt im Reine zu erlösen. Nicht die Völker wollen den Krieg, sie sind in überwiegender Mehrheit friedlich gesinnt. Der Grund der Zwistigkeiten liegt bei den herrschenden Klassen, und auch in England betreibt die Diplomatie über die Köpfe des Volkes hinweg die Kriegsbepfe. Die großen Imperialisten, die vom Ausbruch eines Krieges Millionenverdienste machen, sie schwören gleich Geiern über dem blutigen Schlachtfeld, um ihre Beute zu erwannen. Wir englischen Sozialisten, so fuhr Quetch fort, protestieren gegen den un sinnigen Varenkrieg, gegen die Fährten, die der König nach Rußland unternehmen, um dem blutigen Jaren die Hand zu reichen. Wir treten unermüdet ein für den internationalen Frieden, nicht für ein England, sondern als Vertreter der großen internationalen Sozialdemokratie. Die Völker selbst joden über ihre internationalen Beziehungen wachen und entscheiden. Genosse Sanders von der Arbeiterpartei, zugleich Vertreter der Arbeiterpartei, betonte in seiner Ansprache, wie sehr die Lebensinteressen der Arbeiter aller Länder mit der Sicherung des Friedens verknüpft sind. Nicht durch barbarische physische Kraft sollen Streitigkeiten entschieden werden, sondern durch Einrichtungen des Rechts und der Vernunft. Je besser die Arbeiter Deutschlands und Englands sich kennen lernen, um so schwerer werde es den Herrschenden sein, einen Krieg heraufzubeschwören.

Der Parteitag spendete den beiden Genossen aus England herzlichste Zustimmung. Die Verhandlungen des Parteitages haben so mit einer imponanten Kundgebung der Freundschaft zwischen den beiden Nationen begonnen, deren regierende Schichten andauernd bedrohliche Beunruhigungen wider einander herbeiführen.

Genosse Winarsky-Wien überbrachte die Grüße der uns ergebendsten österreichischen Sozialdemokratie und sprach auch die Zuversicht aus, daß wiederum die häßlichen Anfeindungen der Gegner auf Zwist innerhalb der deutschen Partei zu Wasser werden mögen. Guyman besprach die Entwicklung der belgischen Sozialdemokratie und geißelte die Raubpolitik „unseres sehr verlebten, aber wenig geliebten Königs“. Genossin Schönborg sprach im Auftrag des russisch-jüdischen Arbeiterbundes; sie schilderte die fürchterliche Schrecken Herrschaft des Jarkismus, der sich blutig rächt für alle Jugendbünde, die er in der Revolutionszeit hatte machen müssen; doch das russische Proletariat sei nicht mutlos, die Revolution werde wieder aufsteigen und dem Jarkismus den Todesstoß versetzen.

Kun begann die Berichterstattung über die verschiedenen Vorträge des Parteivorstandes. Den Hauptbericht erstattete Genosse Müller, der jüngste unserer Parteiführer, in klaren, sachlichen Darlegungen. Er besprach Fragen der allgemeinen Organisation, ferner die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes, die Landarbeiterorganisation, die Frauenorganisation und schließlich

die Jugendorganisation. Zur letzteren Frage legte er dar, daß die Resolution, die der Parteivorstand mit der Generalkommission der Gewerkschaften ausgearbeitet habe, vielfach irrtümliche Auslegungen gefunden habe. Es sei nicht daran gedacht, die Jugendbildung etwa auf gewerkschaftliche Fachabteilungen zu beschränken, die Partei wolle ihr Bestes daransehen, um eine starke Jugendbewegung zu schaffen, nur dürfe diese Bewegung nicht völlig losgerissen von der Partei und den Gewerkschaften ihre eigenen Wege gehen. Sodann behandelte Parteisekretär Ebert die Frage der Kolonialen, von denen mittlerweile ein erheblicher Teil erfreulicherweise die Sonderbündel aufgegeben hat. Genosse Schulz erstattete den Bericht des Bildungsausschusses. Er besprach die Leistungen der Parteischule, die Wandertour, die Jugendbüchereiaustellungen. Im letzten Teil seiner Ausführungen unternahm der Redner einen Angriff gegen einen Artikel, den Genosse Maurerbrecher in der Frankfurter Tagespost über Arbeiterbildung veröffentlicht hat. Maurerbrecher soll für den Bau Nordbahnen demnach eine umfassende Verantwortlichkeit übernehmen und er hat in jenem Artikel seine Anschauungen darüber entwickelt, wie er sich die Verantwortlichkeit für die Arbeiterbildung denkt. Er warnt, die Genossen alsbald mit den schwierigen theoretischen Fragen zu befaßten, er wünscht in erster Linie Anschauungsunterricht besonders aus der Geschichte, er wünscht, daß der Unterricht vor allem dazu führt, daß die Arbeiterkraft aus den Ereignissen der Geschichte selbst Willens- und Tatkraft für die Gegenwart schöpfe. Schulz wandte sich lebhaft gegen die Warnung vor zu viel Theorie, vor der Uebertriebung der Schwierigkeiten, die der Arbeiter habe, wenn er sich theoretisch ausbilden wolle; die Theorie sei nicht nur für die Lehrer, sondern gerade für die organisierten Genossen nötig, weil sie allein Klarheit gibt, um sich in allen praktischen Fragen zurechtzufinden. Diese als überworfene Frage sollte dann fast die ganze Nachmittags-Sitzung des Parteitages lebhaft erörtern.

Nachmittags erstattete der Parteisekretär Genosse Schulz seinen Klassenbericht und den Bericht über den Stand der Parteipresse. Genosse Kaden gab den Bericht der Kontrollkommission, besprach eingelaufene Beschwerden und widmete dem verstorbenen Parteikontrollleur Franz Ehrhart ehrende Worte treuen Gedenkens.

Die Vorträge zur Jugendorganisation wurden von einer 17 gliedrigen Kommission zur Vorbereitung überlesen.

Die folgende Diskussion, die an Maurerbrechers Artikel anknüpft, nahm einen zum Teil sehr hitzigen Verlauf. Insbesondere die Parteischule und die Methode des Unterrichts in ihr wurden scharf angetastet. Genosse Eisner, Redakteur der Frankfurter Tagespost, verteidigte Maurerbrecher, der selbst nicht Delegierter ist, gegen die Vorwürfe, die Schulz erhoben hatte. Gegen Eisner wandte sich dann eine größere Zahl von Rednern, die Genossinnen Luxemburg und Zeilin, die Genossen Gruwald, Lengsch und andere. Eisner griff nochmals in die Debatte ein. Der wesentliche Inhalt der Auseinandersetzung ist kurz in folgendem zu bezeichnen:

Maurerbrecher und Eisner wollen vor Halbblüdig warnen; die Parteischüler, sagen sie, können nach halbblütiger Untericht nicht sofort selbst als Lehrer auftreten und etwa über die schwierigsten Theorien sprechen; sie wünschen ferner, daß neben der Parteischule auch Mittel für die Bildung der Massen im Lande selbst aufgewendet werden mögen. Von der anderen Seite wird die Kritik der genannten beiden Genossen scharf zurückgewiesen, weil sie die junge Parteileitung untergraben wolle; die Ergebnisse der Schularbeit seien vortrefflich, die Parteischüler bräuchten ihr gewonnenes Wissen in die weiteren Kreise der Genossen und im Lehren lernen sie weiter und verbessern sich immer mehr; die Kritiker der Parteischule dagegen hätten durch ihre Artikel und Reden gezeigt, daß sie selbst in der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus nicht Befehd wissen und daß sie nur gegen die ihnen nicht gefällende, an der Parteischule vorherrschende marxistische Richtung vorgehen wollten. Auch einige Parteischüler beteiligten sich an der Debatte und wiesen die Vorwürfe der Kritiker der Schule durchaus von sich. Eine besonders praktische Folge kann dieses Gerede wohl nicht ergeben. Ein Antrag, der den weiteren Ausbau der Parteischule durch Sommerkurse fordert, wird morgen sicherlich zur Annahme gelangen.

Die Resolution des Parteivorstandes zur Budgetfrage ist bereits zur Verteilung gelangt. Die Resolution erklärt die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern für unvereinbar mit den Beschlüssen früherer Parteitage und wiederholt den überdies Beschlüsse in verschärfter Form: es soll das Staatsbudget in jedem Fall verweigert werden, es sei denn, daß die Ablehnung ein für die Arbeiterklasse ungenügendes Budget zur Folge haben würde. Ohne Zweifel wird diese Resolution zu sehr heftigen Debatten Anlaß geben. Gest Abend beraten verschiedene Landmannschaften im engeren Kreise, welche Stellung sie zu dieser Frage einnehmen wollen. Vermutlich wird schon am Dienstag die Budgetdebatte ihren Anfang nehmen.

Die französisch-spanische Marokko-Note.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über die Bedingungen, unter denen die Algerienmacht die Anerkennung Mules Hafids aussprechen könnten, sind zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis ist in der Form einer Note den Mächten zugestellt worden. Lieber den Inhalt des Dokuments wird berichtet:

Paris, 14. September. Die den Kabinetten heute überreichte französisch-spanische Note über Marokko stellt zunächst die Forderung auf, daß die Frage der Anerkennung Mules Hafids nach den Grundgesetzen gelöst werden soll, nach denen das Einverständnis der Mächte in der marokkanischen Frage seit Algerias Gebilde und aufrecht erhalten worden ist. — Frankreich und Spanien haben in Betracht gezogen, daß ihre besonderen Interessen in Marokko sie dazu bestimmen, den anderen Regierungen Vorschläge zu machen. Bei der Formulierung dieser Vorschläge haben sie es sich zur Richtschnur genommen, daß die Anerkennung des neuen Machen einzig und allein von der Erlangung von Garantien abhängig gemacht werden müsse, die gemeinsam für alle fremden Interessen gegeben würden.

Diese Garantien sollten sein: Bestätigung der Alle von Alaettas und Willigung der zu ihrer Anwendung getroffenen Exekutivmaßregeln, besonders der Rechte, die Frankreich und Spanien zur Ueberwachung der Einfuhr von Waffen übertragen sind; Ferner: Bestätigung aller anderen Verträge und Verpflichtungen des Machen gegen die fremden Regierungen, das Diplomatische Korps und gegen Privatpersonen. Uebernahme der Verantwortlichkeit für die Schulden des Machen, während die Schuldenforderungen der Privatpersonen später geprüft werden sollen. Bestätigung der Salamanca und die Entschädigungskommission in Casablanca sowie Uebernahme der Verantwortlichkeit für die Bezahlung der Entschädigungen durch den neuen Sultan. Amtlicher und ausdrücklicher Widerruf des Heiligen Krieges durch einen schriftlichen Brief an die Städte und Stämme. Sofortige Inangriffnahme der notwendigen Maßnahmen zur Herbeiführung der Sicherheit in der Umgebung der Häfen und auf den in das Innere führenden Hauptstraßen.

Falls diese Garantien gegeben sind, dankt Mules Hafid als Sultan offiziell anerkannt werden, wobei die Mächte sich das Recht vorbehalten, unmittelbar von dem neuen Sultan die Regelung der Fragen zu fordern, die ihre eigenen Interessen betreffen, in besonderen, was Frankreich und Spanien betrifft. Wiedereinstellung ihrer militärischen Ausgaben und Bezahlung von Entschädigungen für die Ermordung Angehöriger ihrer Nationen. Ferner heißt es in der Note, daß es angemessen sein würde, wenn der neue Sultan für Kanbesgehährer in der Haltung Abdul Afis Sorge trage. Schließlich empfiehlt sie die Beamten Abdul Afis dem Wohlwillegefühl Mules Hafids.

Paris, 14. September. In der den Mächten überreichten französisch-spanischen Note über Marokko geht der Agence Havas aus guter Quelle folgende Erklärung zu: Frankreich hätte versucht sein können, die augenblicklichen Umstände zu benutzen, um die Anerkennung Mules Hafids von der vorherigen Erhebung der Angelegenheiten, die für Frankreich besonders Interesse haben, abhängig zu machen, aber es hat ein sehr ausgeprägtes Gefühl für seine Pflichten als europäische Macht und versucht es, sie mit seinen Reden in Einklang zu bringen. Aus diesem Grunde war es mit Spanien der Ansicht, daß vor der Anerkennung Mules Hafids gewisse Garantien, die für alle ausländischen Interessen gemeinsam in Betracht kommen, gegeben werden müßten. Mules Hafid werde sich dem nicht entziehen können, denn er würde durch seine Anerkennung wertvolle Vorteile erhalten; besonders die Uebertragung der augenblicklich nach dem Namen von Abdul Afis lautenden Konten bei der marokkanischen Schatzkammer auf seinen Namen. Die Garantien, die die Note von Mules Hafid verlangt, bedien sich mit denen, die er in seinem eigenen Interesse freiwillig geben sollte. Die Mächte, werden, wenn sie die vorstehenden in der Note aufgeführten Garantien erlangt haben, offenbar Mules Hafid anerkennen. Diese Anerkennung würde natürlich für die einzelnen Mächte nicht das Recht aufheben, von dem Sultan die Regelung ihrer Sonderangelegenheiten zu fordern. Frankreich würde, ebenso wie Spanien, zu diesen Angelegenheiten die Wiederherstellung seiner für Marokko aufgewendeten militärischen Ausgaben und die Zahlung der Entschädigungen für die Ermordung seiner Staatsangehörigen rechnen. Die Note erweise also als Ausdruck von Gefühlen der Wohlthat, der Freundschaft und des Vertrauens gegenüber allen Mächten. Sie ist nicht gegen diesen oder jenen fremden Einfluß in Marokko gerichtet, sie ist vielmehr vollkommen europäisch, wenn man mit diesem Worte die Gruppe der Signatarmächte einschließlich der Vereinigten Staaten bezeichnet. Sie achtet die Rechte aller. Und jede Weigerung, sie zu prüfen, jede Beschränkung von Vorschlägen, wie es die formulierten sind, würde den Beweis liefern, daß die Mächte, die so handeln, Hintergedanken haben, die mit der Haltung der Algerienmacht wenig zu vereinbaren sind.

Betrachtet als die optimistische Auffassung, die in den Schlußsätzen der Agence-Havas-Meldung zum Ausdruck kommt, können die Betrachtungen von Gabriel Hanotaux, der mit Mules Hafids Anerkennung alle Hoffnungen Frankreichs sich zu finden sieht, in Marokko etwas zu erreichen. Er schreibt: „Man muß fürchten, daß Mules Hafid bald dazu kommen wird, Frankreich und Spanien zur Räumung der Häfen zu bewegen, die sie mit internationalen Einverständnis vorläufig noch besetzt haben. Dann wären alle unsere Anstrengungen vergeblich gewesen. Es ist hart, aber es muß gesagt werden, was wir dort verteidigen, das sind die letzten Fäden der seit sechs Jahren verfolgten Politik. Diese Politik hat von der Einigung Marokkos dahin geführt, es zu internationalisieren. Dann kam die Vorkommnisse, die zum Zusammenbruch Abdul Afis führten. Jetzt kommt Mules Hafids Anerkennung, die uns nach arge Verlegenheit bringen kann. Wir haben uns die Hände gebunden, als wir unsere Rechte der Anerkennung der Mächte untergeordnet haben. Wir müssen unsere Handlungsfreiheit zurückgewinnen und adwarten.“

San Sebastian, 14. September. Der Minister des Außen und der deutsche Geschäftsträger hatten heute eine Besprechung über den Inhalt der französisch-spanischen Note.

San Sebastian, 14. September. Der spanische Gesandte Merry de Val ist mit Anweisungen für die Anerkennung Mules Hafids nach Tanger abgereist.

St. Gallen, 14. September. In der letzten Nacht ist die Temperatur auf zwei Grad gesunken. Das Kältegebirge ist überhitzt.

Genz, 14. September. Gestern gingen im Raxgebiet in Steiermark und Kärnten Schneestürme nieder. Die Schauhäuser sind vereist.

Rio de Janeiro, 14. September. Der englische Dampfer Soarata Deins ist bei den Kalka-Inseln gesunken. Der Kapitän und sechs Matrosen sind gerettet. Die übrige Mannschaft ist wahrscheinlich ertrunken. Der Dampfer ist am 14. August aus Neunort abgegangen.

Dresdner Polizeibericht vom 15. September. In Mitten, unterhalb des belandischen Holzablagerungstages, wurde gestern vormittag eine unbekannte, anscheinend 55-60 Jahre alte Frau in die Elbe und wurde sogleich in die Mitte des Stromes getrieben. Am Uferüberwachte gelang es zwei mit Röhren überendenden Plonierern die Unbekannte zu fassen und an das Land zu bringen. Da sie ein Lebenszeichen nicht mehr von sich gab, nahmen ein Leutenegreife und ein Wohlhabender Kaufmann Wiederbelebungsversuche an der Frau vor, die aber ergebnislos verliefen. Die tote ist 1,75 Meter groß, ihre Kleidung bestand aus dunkelgrauem Mantel, grauem Rollmütze, blauem Halbesack, grauem Korsett, weißem Hemd, weißen Beinleibern mit Spigen, braunen Strümpfen und schwarzen Fiederstiefeln. Ein Taschentuch ist G. T. 6 gezeichnet. Am Hals hatte die Unbekannte einen schwarzen Lederbeutel umgehängt, in dem ein braunes, gebogenes Stiel und einen Luchbeutel zurückgelassen. Zur Feststellung der Persönlichkeit der Toten geeignete Nachrichten sind an die Polizeidirektion zu richten.

In einem Abort des gestern abend 7 Uhr 27 Minuten von Nürnberg auf dem Hauptbahnhof eingetroffenen Personenzuges wurde ein hiesiger Buchhalter an einer Fieberkrankheit kranken vorgefunden. Durch sogleich an ihm vorgenommene Wiederbelebungsversuche wurde der Mann wieder zur Besinnung gebracht und darauf in das Friedrich-Häcker Krankenhaus übergeführt.

Vor einigen Tagen verlor sich auf der Hamburger Straße ein Marktweiser sich mit seinem Taschenmesser die Pulswaare am linken Oberarm zu öffnen. Ein Unbekannter brachte den starkblutenden Lebensmüden nach der nächsten Verbandstation, von wo er nach Anlegung eines Notverbandes in die Teil- und Wundheilung übergeführt wurde. Er scheint dem Selbstmordversuch aus Sorge um sein Fortkommen ausgeführt zu haben.

Wetterbericht von der Wetterkule an der Wugunusbrücke am 15. September, mittags 12 Uhr. Barometer: 757. Veränderlich. Thermometer: +15° F. Hygrometer: Min. +10, Max. +15. Wasserstand: -134.

Letzte Telegramme.

Parteitag in Nürnberg.

Nürnberg, 15. September. (Privattelegramm.) Die heutige Sitzung nimmt einen ruhigen Verlauf. Rauenerbecker gibt eine Erklärung zu Protokoll, daß der Sinn seines Artikels in der Diskussion nicht verstanden worden sei. — Es folgt die Beratung über die Frauenorganisation. In der Resolution des Vorstandes und der Frauenkonferenz finden u. Elm und Lipinski gewisse Vorrechte gefordert, die unzulässig seien. Die Genossinnen Zieg und Wadwig-Mordet treten lebhaft für die Resolution ein. In seinem Schlusswort polemisiert Heinrich Schulz nochmals gegen Eiseners Ausführungen über die Parteischnelle.

Dem Parteivorstande wird Trägerei erteilt, die Resolutionen zur Frauenorganisation und über die Sozialisten werden zum Beschluß erhoben.

Darauf beginnt Genosse Eichhorn den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Zur Budgetangelegenheit verläutet, daß ein Teil der norddeutschen Delegierten eine Verschärfung der Resolution des Parteivorstandes beantragen will, daß dagegen die Süddeutschen entschlossen seien, die Vorstandesresolution als unannehmbar zu erklären. Eine Deputation der Süddeutschen wird heute nachmittags dem Parteivorstande ihre Beschlüsse überbringen. Von süddeutscher Seite sind in erster Reihe die Genossen Timm-München, Frank-Wannheim und Hildenbrand-Stuttgart als Redner vorgefunden.

Das gefährdete Koalitionsrecht.

Biel, 15. September. (Privattelegramm.) Eine Werftarbeiterversammlung erhob gestern abend scharfen Protest gegen die Wahrung des Koalitionsrechtes auf den laienlichen Werften. Die Vertretung der Werften mit Arbeitern ist einem nationalen Arbeiterverein überwiesen worden, der den Austritt aus dem Gewerkschaften fordert.

Aus dem Lager der Anarchosozialisten.

Berlin, 15. September. Von Massenaustritten aus der sozialdemokratischen Partei meldet die bürgerliche Presse. Es handelt sich dabei um anarchosozialistische Elemente, die mit ihrem Austritt dem Ausschluß aus der Partei zuvorkommen wollen.

Experimente.

Berlin, 15. September. (R.-A.) Wie verlautet, soll dem der Dehlersteuer zugrunde liegenden Gedanken in Verbindung mit der Ausgestaltung der Erbschaftsteuer derart Rechnung getragen werden, daß von den Nachlassenden der männlichen Personen, die ihrer Militärpflicht nicht pflichtig sind, eine entsprechende höhere Erbschaftsteuer erhoben werden wird.

Jenseit der grün-melnen Grenze.

Genz, 15. September. (Privattelegramm.) Der Redakteur der hiesigen Kritik soll durch eine Rottis, daß ein der Grenze nahe gelegenes Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung habe, eine lächerliche Verleumdung übertrieben haben. Das Schöffengericht bestätigte das Strafmandat. Das Landgericht stellte fest, daß eine Bestrafung wegen Übertretung einer lächerlichen Verordnung unzulässig sei und bestrafte ihn wegen Vorwurfsvergehens.

Saubere Geschäfte.

Karlsruhe, 15. September. (Privattelegramm.) Die Regierung mußte im Landtage ausgeben, daß der Eisenbahnstiftungs Besizer eines öffentlichen Hauses sei, das heute nach seiner Bestimmung diene.

Wertungsmittelsteuer.

Königsberg, 15. September. (Privattelegramm.) Der hiesige Magistrat beabsichtigt die Einführung einer Wertungsmittelsteuer. Er weist in einer Stellungnahme darauf hin, daß die angeblich „notleidenden“ Grundbesitzer ganz erhebliche Gewinne erzielen.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 15. September. Die Städte Petersburg, Jekaterinostaw und Tschikent sind für choleragefährlich, die Gouvernements Petersburg, Moskau, Tschernigow, Tomsk, das transkaspiische Gebiet und die Provinzen Gruzien, Samarkand und Bergana sowie die Eisenbahnlinien des Petersburger Knotens sind für choleragefährlich erklärt worden. In Petersburg erkrankten in der Zeit vom 10. August bis 14. September 401 Personen. Es starben 98. Seit dem Ausbruch der Epidemie erkrankten in Rußland 6747 Personen; es starben 8190.

Das heutige Blatt enthält 16 Seiten.

nierten Genbarmen finden.“ Wir haben ja schon festgestellt, daß die Genbarmen nur zum Schutze der Arbeitswilligen hier sind; denn bei Uebergriffen der Streikbrecher den Streikposten gegenüber wird nicht eingegriffen, sondern da bekommen die Streikposten den wohlgemeinten Rat, sich eben nicht hinzustellen.

Inland.

Streik am hiesigen Getreidewert in Belgien. In dem Neubau des hiesigen Getreidewertes in Belgien sind von 100 Handarbeitern über 80 in den Streik eingetreten. Sie verlangen die Erhöhung ihres Stundenlohnes von 45 Bl. auf 50 Bl. Die Maurer arbeiten vorläufig weiter. Zugig ist zu vermeiden. Die Schlichtungskommission wird sich mit dieser Angelegenheit befassen. Die Ausländigen haben einwilligen die Arbeit wieder aufgenommen.

Drittkantonsratswahl.

Bei der am Sonnabend den 12. September in Witten stattgefundenen Wahl der Vertreter zur allgemeinen Drittkantonsratswahl siegten die freien Gewerkschaften mit 533 Stimmen gegen die Kandidaten der Wertpartei, auf die 429 Stimmen entfielen. — Die am 1. Juni getätigte Wahl war auf Seiten der Arbeitgeber für ungültig erklärt worden. Damals wurden für die freien Gewerkschaften 207 und für die Wertpartei 154 Stimmen abgegeben.

Ausland.

Ein Wahlfest sozialdemokratischer Handlungsgehilfen. Während in Deutschland die große Masse der Handlungsgehilfen immer noch der Sozialdemokratie ablehnend gegenübersteht, bekennet sich in Wien deren Mehrheit zu unserer Partei, daselbst gilt von manchen Provinzialstädten Österreichs. Sogar in der Bukowina hat der Sozialismus die Handlungsgehilfen erobert. Man lese diesen Bericht aus Czernowitz: Unsere organisierten Handlungsgehilfen haben am 30. August die Feiern im Rahmen der Gewerkschaften vorgenommen. Wahlen der Beihilfenfunktionäre in die Gewerkschaften fanden mit einem Siege der sozialdemokratischen Kandidaten statt. Wohl wurden auch bisher organisierte Angestellte in die Feiern der Kaffe entlassen, doch konnte man früher von einem Wahlsieg nicht sprechen, da es bislang an Gegenkandidaten fehlte. Anders diesmal. Am Laufe des letzten Jahres haben die organisierten Angestellten manche Aktionen durchgeführt und insbesondere in der angestrebten zeitigen Geschäftsprüfung einen ansehnlichen Erfolg errungen. Einige halbsozialistische Kreise schmeubten selber vor Mut und verstanden alle Mittel, um die Organisation der Angestellten zu befestigen. Damit sollte bei diesen Wahlen begonnen werden. Die Kremler machten sich einen aus der Organisation hinausgeworfenen Ehrenmann, der die Stelle des Beihilfenobmannes bekleidet, gefügig und organisierten mit seiner Hilfe einen Feldzug gegen die organisierten Angestellten. Bald tauchten in der Gesellschaft auch die in der Bukowina allenthalben lauernden Antifemiten und Christlichsozialisten auf, und nun begann ein eifrig antizipatorischer Kampf gegen unsere Genossen. Mehrere jüdische Unternehmern bedrohten gegen ihrer Angestellten offen mit Entlassung, wenn sie nicht die zum Teil von Antifemiten gebildet, Kandidatenliste wählen sollten. Ein jüdischer Beamter der Genossenschaft handhabte den Wahlsapparat mit eifrig christlichsozialer Virtuosität. Nach bekannter Rarier wurde eine Beihilfenversammlung in dem Augenblick von Beihilfenobmann gesprengt, als die Niederlage des jüdisch-antifemischen Kampfes klar wurde. Dieser Kampfgriff war auch für Sonntag geplant, doch machten unsere Genossen den Herzen einen Stich durch die Rechnung. Sie kamen in großer Zahl, machten selbst Ordnung, und da auch der Vertreter der Gewerkschaft energisch eingriff, konnte die Wahlversammlung zu Ende geführt werden. Als die Wahlverhandlungen sah, daß es mit dem „Spitzen“ diesmal haperte, wurde sie ganz verzweifelt. Da sie im Witz der „unbefehlhabten“ Wahllegitimationen war, konnte sie recht ausgiebig ihr Wahlspiel fortsetzen. Man sah Dienstmänner, Bauern und sonstige zugängliche Leute als Angehörige zur Wahl schreiten. Doch alles war vergeblich. Die Genossen waren eifrig bei der Sache, es gelang ihnen, die Schwandkandidaten zu besiegen. Bei einer Wahlbeteiligung von beinahe 80 Prozent aller Angehörigen siegte die sozialdemokratische Liste, für die 245 Stimmen abgegeben worden waren, mit einer Mehrheit von 88 Stimmen. In einer massenhaft besuchten Versammlung, die nach der Wahl stattfand, würdigte Beihilfenobmann sich aus Wien, der in den letzten Tagen in Czernowitz gewohnt hatte, den prächtigen Sieg der Genossen.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 14. September. Erdbeben aufgefunden wurde Sonntag morgen um 6 Uhr am Grünauer Friedhof die 31 Jahre alte Christina des Instrumentenmachers Rudolph aus der Königsberger Straße 7, Elisabeth geb. Kumbig. Der mutmaßliche Mörder ist in der Person des Antihärs Georg Wollenberg aus der Rheinstrasse 6 verhaftet worden. Wollenberg hat noch kein Geständnis abgelegt.

Berlin, 14. September. Der Parteitag-Ballon bereite sich seltener für eine Probefahrt vor dem Kriegsminister vor.

Hamburg, 14. September. Am Sonntag abend wurden von den Hagenbüchsen Elefantien, die mit der Bahn nach München transportiert werden sollten, zwei wild und kürnten fest. Es gelang am Montag, sie in der Umgegend einzufangen.

Hamburg, 14. September. In der Villa des Generaldirektors Balkin wurde in der letzten Nacht ein Einbruch verübt. Die Einbrecher brachen von neun Orden die goldene Krone ab und stahlen zahlreiche Sachen. Sie ließen an Tante ihre abgeriebenen Stiefel zurück.

Dortmund, 14. September. Der Montanarbeiter Tiggel von der Firma Heinrich Lehmann u. Co. in Düsseldorf stürzte von einem Neubau auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoch aus einer Höhe von 14 Metern herab. Der Verunglückte starb in der vergangenen Nacht.

Quidburg, 14. September. Gestern früh ist ein postentragtes Kind im heiligen Epidemienhause gestorben. Zurzeit befinden sich im Epidemienhause noch 11 Postentragte.

München, 14. September. In der vergangenen Nacht um 1 Uhr sind auf der Station Maitern-Tramin im Ostbahnhof zwei Württembergische aufeinandergefahren. Ein Zugführer wurde getötet, ein Lokomotivführer und ein Kondukteur lebensgefährlich verletzt. Die Maschinen beider Züge und zwölf Wagen sind vollständig zerstört. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß der Lokomotivführer des aus dem Süden kommenden Zuges das Haltesignal überließ.

München, 14. September. Auf der Reise nach Riffingen sind einem Engländer für 200 000 M. Juwelen aus dem Koffer gestohlen worden.

München, 14. September. In der Wohnung der Goubrette Ninka u. Gerold, die im Münchener Kulturtheater engagiert ist, gab der junge Baronin Rudolf Sulzer, der ein Liebesverhältnis mit der Künstlerin unterhalten hatte, zwei Schüsse auf sich ab. Er wurde nicht lebensgefährlich verletzt.

Petersburg, 14. September. Die Schneelage, mit der sich die Cholera verbreitet, ruft bei allen familiärärztlichen Organen und der Stadtverwaltung eine erklärliche Erregung hervor. Bisher sind im Verlauf von fünf Tagen 837 Personen erkrankt und 88 gestorben, eine Person ist gesund, 250 liegen im Hospital. Die Stadt befindet sich bereits in Verlegenheit wegen der Unterbringung der Erkrankten, da nur 300 Betten vorbereitet sind und heute ein Mangel an Betten eintreten muß. Gestern nahm das Stadtobhaupt eine Revision der Choleraquartiere vor und stellte große Mängel fest. Einzelne hatten noch gar keine Desinfektionsmittel angeschafft, andere keine Kisten und keine Räume zum Unterbringen der Kranken beschafft.

die leitenden Grundzüge des belandischen Referats zum Beschluß der Konferenz. Danach liegt der Konföderation ob: 1. die oberste Leitung der Arbeit, die von Gewerkschaften unternommen werden, die der Konföderation angehören, soweit diese Streiks allgemeine proletarische Interessen betreffen, 2. die Entscheidung über die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung von Streiks, die von nicht der Konföderation angehörenden Gewerkschaften oder von örtlichen Zahlreichen Konföderation angehörenden Gewerkschaften ausgehen, 3. die Promotion von Streikposten in allen Betrieben.

Es folgte die Beratung über die Begleichung der Konföderation zu den politischen Parteien. Rinaldo Rigold betonte in seinem Bericht die völlige Unabhängigkeit der Konföderation von jedweder Partei. Doch sei die Konföderation, die alle politischen Parteien der Konföderation zu politischen Parteien ausschließen solle, unannehmbar, wenn sie auch den Vorzug der Klarheit und Unzweifelbarkeit habe. Ein Zusammengehen von Fall zu Fall mit irgendwelchen Parteien sei nicht zu vermeiden, wobei vorwiegend die demokratischen Parteien (Sozialisten, Republikaner und Radikale) in Frage kommen könnten.

Nach einer langen Diskussion, an der u. a. Cabrini, Dugoni, Argentinia, Klobell teilnahmen, gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, die in Kürze folgende lautet: Das Prinzip der Enthaltung von der Politik ist aufzugeben, denn dieses wird nur von denjenigen verfolgt, welche das Proletariat von der Politik abhalten wollen, um desto besser ihren (den individualistischen) Ideen Eingang zu verschaffen. Der wirtschaftliche und der politische Kampf sind gleich notwendig für die Emanzipation des Proletariats. Der wirtschaftliche Emanzipationskampf fällt den Gewerkschaften, der politische Emanzipationskampf den politischen Parteien zu, d. h. der sozialistischen Partei, und allen den Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Jedoch können die Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht ohne gleichzeitige politische, und die Parteien ihre politische Aufgabe nicht ohne wirtschaftliche Beistand erfüllen. Die politische Aufgabe ist ein selbstständiges Handeln der sozialistischen Partei (wenn man von den anarchosozialistischen Gruppen absieht), die auf dem Boden des Klassenkampfes steht; die Annahme der Resolution in dieser Form, die als Schluß lautet, als es auch andere Parteien auf diesem Boden können, jedoch wohl nur aus einer Überzeugung unangebrachten Rücksichtnahme auf die anwesenden Vertreter der republikanischen und der radikalen Partei. Das fühlten denn die Besprechenden auch sofort heraus, und es melbten sich denn auch Annahme der Resolution, die übrigens nicht ohne heftige Gemüthsregung abgelehnt wurde. Vertreter der beiden Richtungen zum Wort, um Erklärungen abzugeben.

Der Republikaner Palmi behauptet, daß die Konföderation, unter Verleugnung der republikanischen Verdienste um das Proletariat, sich gänzlich den Sozialisten in Arme geworfen habe, und Palmi suchte nachzuweisen, daß auch die radikale Partei in ihrer Zeit das Prinzip des Klassenkampfes akzeptierte.

Es folgten die Wahlen zum engsten und weiteren Komitee der Konföderation. In das erstere wurde u. a. auch ein Republikaner, der Sozialdemokrat Quacernoni-Nom, gewählt.

Der heftige Angriff eines anarchosozialistischen Mitglieds auf Rigold, dem vorgeworfen wurde, sich in unheimlicher Gefährlichkeit mit einem anarchosozialistischen Mitglied in einem demokratischen Reformklub verhandelt zu haben, gab Anlaß zu einer ebenso spontanen wie impetuellen Vertrauensstimmung der großen Konföderation für Rigold.

Es wurde sodann noch eine Resolution aufgenommen, die eine umfassende Reform und Ausdehnung der Unfallversicherung, Schaffung von Schiedsgerichten und eines obersten Schiedsgerichtshofes zur Verhinderung von Streitigkeiten fordert.

Die Frage der Bekämpfung der Angehörigen in öffentlichen Dienststellen (sowie der Arbeiter in der Tagespresse) an Streiks wurde, als noch nicht spruchreif von der Tagesordnung abgetrennt, vorout Genosse Ghiesi mit einem kurzen, maßigen Schlusswort die Arbeiten des Gewerkschaftsorgans für beendet erklärte.

Volkslehre.

Zu der amtlichen Charakterisierung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine

Der Sachliche Fabrikinspektionsbericht für 1907 geht uns unter Verletzung auf das Verstehe folgende Verächtigung zu: „Das Hirsch-Dundersche Gewerksvereine für 1907 Seite 131 und 133 in der Beilage der Nr. 211 der Dresdner Volkszeitung vom 11. Septbr. 1907 entspricht nicht den Tatsachen. Tatsache ist vielmehr, daß I. Die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins am 6. April mit in den Streik eintraten.

II. Die Mitglieder des Gewerksvereins bekamen auch bei anderen Firmen keine Arbeit, trotzdem sie am 11. April von der Firma Seidel u. Naumann ihre Papiere erhalten hatten.

III. Direktor Ehrhardt forderte am 15. April den Unterzeichnenden auf, die Gewerksvereinsmitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen und als dies zurückgewiesen wurde erklärte er: dann werden die Stellen der Gewerksvereinsmitglieder nicht besetzt.

IV. Am 26. April sagte Herr Direktor Höpfer zu einem streikenden Gewerksvereiner, welchen er zu sich bestellt hatte: die Gewerksvereiner sind auch nicht besser als die Roten und wenn ich mein Leben lassen soll, kein einziger organisierter Arbeiter kommt mir wieder in den Betrieb.

VII. Zu den „Welben“ — ganz gleich, ob sie sich „vaterländische oder sonstige nennen“ — stehen die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine in keinen Beziehungen.

Verdacht

Bezirksleiter des Gewerksvereins der Maschinenbauer. Wir haben die Blatte dem Bericht der Fabrikinspektion mitgeteilt entnommen. Wenn das nicht stimmen sollte, dann hat dieser die Unwahrheit gebüchert.

Wenn die Hirsch-Dunderschen hier nichts mit den Welben zu tun haben wollen, so ist das gut. Aber es wird doch wohl nicht geleugnet werden können, daß in Waldenburg auf dem Kongress die Vaterländischen Gewerksvereine vertreten waren.

Aus der Umgebung.

Der Kampf der Steingutfabrikarbeiter in Sornowitz ist in ein neues Stadium getreten. Am Sonnabend haben nun auch noch die Roller den Betrieb verlassen. Auch einige der tüchtigsten Rollerinnen haben sich angeschlossen. Die betreffenden Roller sind jetzt in einer nicht gerade beneidenswerten Lage. Es möchte Wäre gelieft werden, und nun fehlt es an den nötigen Kräften zur Herstellung derselben. Ja, so geht es eben, wenn man ein derartig riesiges Spiel mit den Arbeitern treibt. Hoffentlich sieht die Direktion nun bald ein, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter unangefast lassen muß. Wenn das Verlangen (Austritt aus der Organisation) zurückgezogen würde, so ließe sich sicher eine Einigung herbeiführen. Das ist der Direktion von den Organisationsleitern wiederholt deutlich zu verstehen gegeben worden, aber immer und immer wieder ohne Erfolg. Es stehen ja nun den Streikenden noch andere Mittel zur Verfügung. Sie können aber den Kampf allein durchzuführen zu können, weshalb sie es bis jetzt nicht für nötig hielten, andere Hilfe in Anspruch zu nehmen. — Interessant ist wieder ein vom 7. September datiertes Schreiben der Firma an einen Arbeiter. Es heißt darin: „Vom Wohnhose bis zu unserer Fabrik stehen immer noch einige Streikposten, wir machen aber darauf aufmerksam, daß Sie sich von diesen nicht abhalten lassen brauchen, da Sie genügend Schutz bei den hier statio-

Die Ober gestohlen heiligen Buch beschriebte sie jetzt ihre Gläubigkeit mit einem neuen Glauben und wählte dabei in einem Fort.

„Sie wer'n einhundert, hundert fünf, wenn ich e hundert hundert ausbleibe. Ich hab' nur den Fuchsbau aufgezogen. Der Hund lag ja hingestreckt in den Ecken. Und wolle sie, was ich in dem Bett gefunden habe? Ein Strampband! Wie kommt nur bloß e Strampband unter Bett von meinen Schonen? Das mag doch die Frau Heilma verloren haben. Die Frau meint mir überhaupt e hundert hundert. Ich hab' sie um einen kleineren Finger gebeten. Aber die Frau hat bloß den großen. Sie mag ich den kleineren Finger nachschleppen.“

„Ja, kann denn das Mädchen nicht das Zimmer reinmachen? Weinen Sie, die Sieh ich 'nein zu meinem Sohn ins Zimmer? So e Drenschmücken, das überall Radem mag? Er soll wohl aufpassen? Ah ne, das kann man nur selbst besorgen. Freilich, wenn Doktor Riemann mich läde, würde er schön schimpfen. Er hat mir strengste Schenung anbedungen. Aber eh der wiederkommt, ist längst alles parat. Und e Mann heit ja gar nicht, ab e Zimmer sauber aufgewiesen ist oder nicht.“

„Dabei ladte sie triumphierend und fast ein blühendes Madentrotz. Als sie den Eimer ergreif, wollte Marianne mit anfallen, aber sie wehrte ab. „Sie wer'n doch nicht! Da wären ja die besten Sandstuh gleich aufstanden.“

„Nach einer Weile kam sie zurück und blähte behutend ins Nebenzimmer. „Er schläft jetzt, wie's scheint. Da kann ich ja e Weiden mit Ihnen abhandeln. Wei Daniel ist zu dem. Er will keine Predigt machen. Sie sagen Sie mal, Sie sind also ganz heil dahingekommen? Wichtigst ansich tut mir Ihnen nichts. Da können Sie wirklich Gott danken.“

„Vor allem aber auch Ihrem Sohn, Frau Superintendent.“

„Ja, denn ja auch. Aber der liebe Gott hat ihn doch hergeschickt. Da hört ich doch ganz deutlich seine Besorgung wahrnehmen, daß er grade zu der Zeit meinen Sohn in den Wald 'nemetzt hat. Denn e anderer hätte sich wohl hübsch dünne gemacht. Et ja, Was hat er, mei Bräutigam. Das kann ihm sein Ängstler heit nicht abspinnen.“

„Wenn er nur recht bald wieder besser wäre!“

„Doch! Ich da barmherziger Himmel, wenn er nur übergenöt wieder gesund wird! — Ich will ja gern e halbes Jahr hier und ihn pflegen, wenn ich nur weiß, daß er sich wieder erholt. 's ist ja mei größtes Glück, daß ich an sein Bett sitzen kann. Ich hö' ja an höchsten die ganze Nacht hier. Aber der Doktor hat mir's verboten. Ich soll zu dem in mei'm Bett liegen und schlafen. Als ob man da schlafen könnte! Die ganze Nacht hab' ich nach gelegen und die Lammuhr schlagen hören. Jede Viertelstunde hab' ich abgezählt und dabei kein Auge getan. Sie erwidert recht nicht.“

„Auf dem Tisch stand ein Glas Milch und ein großes mit Rauschfleisch belegtes Butterbrot. Das gerührt Frau Klinghammer frey und quer und klab die viereckigen Würfel in den Mund.“

„Das muß ich 'nunter tolgern, eh der Doktor kommt. Sonst gib' e Geyank. So e Doktor möcht' ein am liebsten rubeln wie 'ne pommersche Gans.“

„Sie trat zusammen und horchte wieder nach dem Zimmer hin. Aberwacht nicht sie in großer Erregung. „'s war mer doch ja —? Die beiden landeten einen Augenblick, als ich über nichts rührte, beruhigte ich Frau Klinghammer wieder. „Ich hab' Sie schon e paar mal in der Stadt gesehen. Liebes Fräulein. Das freut mich immer, wenn e Mensch seinen Sonntag heilig hält. Wie haben Sie denn, hab' mei Daniel spricht? 's geht er'm ja Deyern, was er sagt!“

„Wie wenigstens geht's zu Deyern. Ich finde, er spricht so anders als die meisten Vögel, ja — Während sie einen Augenblick ägerte, was das rechte Wort zu finden, nahm Frau Klinghammer's Gesicht einen ängstlichen Ausdruck an. „So? Sie finden's auch? 's haben schon mehr Leute sich drüber aufgehalten. Wie meinen Sie's denn?“

„Ach, ich finde, e spricht so menschlich, so — ahne

„Superlativität nach einigen Nachdenken.“

„Aber ich finde, er spricht wunderhübsch,“ erwiderte Marianne lächelnd. „Wunderhübsch! Er könnte gar nicht besser sprechen. Und wenn Ihr Herr Sohn kein frommer Mensch ist, dann mücht ich wissen, wer denn eigentlich fromm ist?“

„Das mein' ich doch auch. Die Leute sollen sich lieber an der eigenen Nase greifen! 's gibt doch so viele hier, die nichts mehr von Gott wissen wollen. Und was ist der Mensch denn, wenn er seinen Gott nicht mehr hat? Da hat er doch den Boden unter den Füßen verloren. Da braucht er ja überhaupt nicht mehr zu leben. Sehn Sie, ich hätte den draufgen Fingern schon längst einmal weggespart, wenn ich nicht aus Jenseits hätte.“

„All das Unreife und Unausgesprochenes, das in diesem allgewordenen Kindergeicht lag, war jetzt verdankend vor einem großen Ernst, den die Erinnerung an ausgestandenes Leid des Hügel einprägte.“

„Sehn Sie, Fräulein. Sie wissen nicht, wie schwer das Leben werden kann. Sie sind noch zu jung. Und hoffentlich wer'n Sie's auch nie erfahren.“

„Marianne wollte etwas erwidern den ihren eigenen Schmerzen, von ihrer Kolligtheit und unerfüllten Sehnsucht. Aber das alles kam ihr jetzt so gering bar, und eine unumderstehliche Ehrfurcht vor dieser Frau ließ sie schweigen.“

„Was ist denn eine Frau, wenn der Mann nicht mehr lebt? Da richt' sie doch nichts wie Unheil an. Müht' tun wie ein verirrtes Schaf.“

„Aber haben Sie denn an Ihren Schönen keinen Galt? Wehrt, als wenn durch diese unerwartete Frage ein altes Leid sich wachgerufen würde. Ich Frau Klinghammer das junge Mädchen an, suchte sich zu fassen, dann oder rannen unaushaltbare Tränen aus ihren entrindeten Augen.“

„Ich wollte Ihnen nicht weh tun. — Warum weinen Sie, Frau Klinghammer? Ihr Sohn wird doch wieder besser. Bitte, weinen Sie nicht mehr!“

„Marianne drückte die gezeichnete Hand, stieß über das verzante Haar. Ihre sonst so fröhliche Natur, die sich die Freuden drei Schritt vom Leibe hielt, war ganz zerfallen von diesem Wüstenfall, und während sie die Frau an sich drückte, schloß sie aus dem raschen Stößeiff die trübste Hitze aufzuwehen, und unter ihrer Hand schlug in dem armen zermürbten Körper das Herz hin und her wie ein verfallener Vogel.“

„Ich möchte Ihnen ja so dankbar sein.“

„A Suspekt mit lassen Sie mich!“

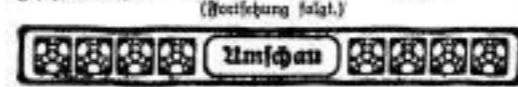
„Die alte Frau schloß wie verzweifelt die Tüchlein und suchte Hoffnung zu gewinnen.“

„Ach, hätten Sie das nur nicht gesagt, das von meinen Kindern! — Ich hab' sie ja gar nicht. Es ist ja ich immer, als wenn ich 'ne Fremde wäre. Der da, mein Jüngster, hat mir vor drei Jahren gesagt, er will nichts mehr von mir wissen, weil ich ihn nicht heilen konnte. Drei Jahre hat er mich nicht besucht, nicht e Wort mit mir gesprochen. Und mei Deyern — dem ist der; amori mit auch nicht. Der ist mir auch fremd. Er denkt, ich hab' ihn verraten, ich hab' ihn nicht genug lieb gehabt. Und 's is vielleicht wahr. Ich hab' mich verlobt, weil ich den andern zu sehr liebte. Ach mein Gott, mein Gott, wenn ich das nur wüßte, wenn mir das einer sagen könnte!“

„Sie rang die Hände, fuhr mit dem Tüchlein über ihr Gesicht, um sich die Tränen abzuwischen. Aber immer neue feinsten hinterher.“

„Während Marianne hilflos dahinstand und weinte, so würde sich beruhigen, drückte sie sich stützend um und ergriff wie im Strampf die Hände des jungen Mädchens. „Sie dürfen jetzt nicht wegzehen, Fräulein, und mich auslösen und denken, ich bin 'ne Heulleie, und 's den Leuten erzählen, was ich gesagt habe. Es darf ja nicht manfommen. Ich hab' e ja noch nie jemand erzählt. Aber 's is wahr, was ich gesagt habe. Ich hab' meine Kinder verlieren durch meine Einnahme. Sehen Sie, wie mein Kleiner zur Welt kam. Da hat er mir bald 's Leben gekostet. Ich sag' anderthalb Tage

in Windstößen, wie Sie's auch heute noch geschrie und geschrie. Und 's ist doch nicht, was ich meine. Aber 'em Krug wüßte ich nicht haben. Und mei Deyern, barman's noch e halber Mensch, mücht ich auch nicht zu helfen. Er dachte, ich treibe Verden. Er hat an meinen Bruder telegraphiert. Der form und 's fannet noch andere, die haben alle an mei'm Bett und wollen mich sehen, eh ich sterbe. Und innerlich schreie ich: „Wenn ihr doch bloß mücht hergehen!“ Und ich lag im Bieder und dachte, ich bin die Schwägerin Christi. Und erwiderte all seine Weiden. Und dann stand ich vorm Himmel und schrie: „Ich glaub' ich glaub'!“ — Aber wie ich's zum drittenmal schreien will, da beina' ich's nicht heraus. 's is mir unfaßlich. Und vor mir steht ein Hübel, in Rauschhöhe, da las ich alle Gemächeln im Stummeln, Buchstaben für Buchstaben. Aber das Wort kam ich nicht finden. Ich schreie hier und o. Und der Kerfel hat mich geschaut und sagt mir durch alle Welt räume. Und ich luge in der Höhe — und wie mei Sohn denn endlich zur Welt kam, der Krug hat ihn mit Jungen gehabt, wor ich bemerkt. Ich hab' mei Kind nicht sehen wollen. Wei Wann hat's gemessen und hat's den anderen gezeigt und hat gesagt: „Das is mei Junge — das is der neue Pfarrer.“



Berliner Theaterbrief

Das Neue Theater brachte am Samstag eine sehr fröhliche Komödie, die Namen und Uebersetzung gelübe hat und die an das Komödielicht gehen werden sollen: Der Prinz d'Kurek, Komödie von Henri Sardou, in drei Akten. Der Komödie hat viele sehr ansehnliche Dekorationen. Es war, wie e überausst keine hübsche Szenen, und eine reiche Ausstattung, kann gelübe sein und kann wahrnehmbare Aussehen des Heiligt über der Bühne. Das ist ein hübsches Spiel, und die mehrmalige Umarmung der Komödie von Sardou, der dem Prinzip d'Kurek 40000 Franc in Geld abgemessen hat, und Hubert Christian's Musikstücke, die sehr zu hören sind.

Die fröhliche Komödie hat mit ein großer Erfolg. Die Komödie hat viele sehr ansehnliche Dekorationen. Es war, wie e überausst keine hübsche Szenen, und eine reiche Ausstattung, kann gelübe sein und kann wahrnehmbare Aussehen des Heiligt über der Bühne. Das ist ein hübsches Spiel, und die mehrmalige Umarmung der Komödie von Sardou, der dem Prinzip d'Kurek 40000 Franc in Geld abgemessen hat, und Hubert Christian's Musikstücke, die sehr zu hören sind.

Die Komödie hat viele sehr ansehnliche Dekorationen. Es war, wie e überausst keine hübsche Szenen, und eine reiche Ausstattung, kann gelübe sein und kann wahrnehmbare Aussehen des Heiligt über der Bühne. Das ist ein hübsches Spiel, und die mehrmalige Umarmung der Komödie von Sardou, der dem Prinzip d'Kurek 40000 Franc in Geld abgemessen hat, und Hubert Christian's Musikstücke, die sehr zu hören sind.

Die Komödie hat viele sehr ansehnliche Dekorationen. Es war, wie e überausst keine hübsche Szenen, und eine reiche Ausstattung, kann gelübe sein und kann wahrnehmbare Aussehen des Heiligt über der Bühne. Das ist ein hübsches Spiel, und die mehrmalige Umarmung der Komödie von Sardou, der dem Prinzip d'Kurek 40000 Franc in Geld abgemessen hat, und Hubert Christian's Musikstücke, die sehr zu hören sind.

Die Komödie hat viele sehr ansehnliche Dekorationen. Es war, wie e überausst keine hübsche Szenen, und eine reiche Ausstattung, kann gelübe sein und kann wahrnehmbare Aussehen des Heiligt über der Bühne. Das ist ein hübsches Spiel, und die mehrmalige Umarmung der Komödie von Sardou, der dem Prinzip d'Kurek 40000 Franc in Geld abgemessen hat, und Hubert Christian's Musikstücke, die sehr zu hören sind.

Theater

Die Komödie hat viele sehr ansehnliche Dekorationen. Es war, wie e überausst keine hübsche Szenen, und eine reiche Ausstattung, kann gelübe sein und kann wahrnehmbare Aussehen des Heiligt über der Bühne. Das ist ein hübsches Spiel, und die mehrmalige Umarmung der Komödie von Sardou, der dem Prinzip d'Kurek 40000 Franc in Geld abgemessen hat, und Hubert Christian's Musikstücke, die sehr zu hören sind.

Bequichtiges

Die Komödie hat viele sehr ansehnliche Dekorationen. Es war, wie e überausst keine hübsche Szenen, und eine reiche Ausstattung, kann gelübe sein und kann wahrnehmbare Aussehen des Heiligt über der Bühne. Das ist ein hübsches Spiel, und die mehrmalige Umarmung der Komödie von Sardou, der dem Prinzip d'Kurek 40000 Franc in Geld abgemessen hat, und Hubert Christian's Musikstücke, die sehr zu hören sind.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 214.

Dresden, Dienstag den 15. September 1908.

19. Jahrgang.

Sächliche Angelegenheiten.

Das Hin- und Hergerate bei der Wahlrechtsfrage

Ich schon wieder mit Eifer geübt. Vor kurzen teilte das Leipziger Tagbl. mit, es habe bei einem Gespräche mit dem Minister über die Wahlrechtsfrage, dass dieser bereit sei, unter Umständen das Wahlrecht Kompromiss der bürgerlichen Parteien zu akzeptieren. Jetzt kommt nun das Chemn. Tagbl., das wenigstens früher auf den Mittellagen aus dem Ministerium eintritt, und stellt dies in Abrede. Es heißt in einem Artikel über die Wahlrechtsfrage unter anderem in Anknüpfung an die bereits erwähnten Mittellagen des Leipz. Tagbl.:

Was aber die Ueberzeugung anlangt, die der Gewährungsmann des Leipziger Blattes aus der Unterredung gewonnen hat, daß nämlich die Regierung schließlich bereit sein dürfte, auf die Annahme ihres Entwurfs zu verzichten und dem Kompromiß zuzustimmen, so wissen wir nicht, worauf diese Ueberzeugung sich stützt. Auf bestimmten Versicherungen des Herrn Ministers gewiß nicht, sondern höchstens auf einem allgemeinen Eindruck, der leicht auf Selbsttäuschung beruhen kann. Man glaubt nun an das, was man hören und wissen will.

Wir können politisch versichern, daß sich während der Sommerpause auch nicht das mindeste an der Sachlage geändert hat. Der Herr Minister redet noch genau auf demselben Standpunkte, den er seinerzeit in der Wahlrechtsdeputation dargelegt hat. Schon früher waren Berichte in einzelne Zeitungen gelangt, in welchen behauptet wurde, die Regierung habe nach anfänglich ablehnender Haltung dem Wunsch gefolgt, einen Kompromiß schon so gut wie zugestimmt. Diese Behauptung veranlaßte den Herrn Minister, in der Deputationskommission am 11. Mai folgende Erklärung abzugeben:

Ich stelle fest, daß ich lediglich erklärt habe: sollte das Kompromiß, das ich offiziell noch nicht kenne, etwas wirklich Besseres als die Regierungsvorlage bringen, so würde die Regierung — aber eben nur unter dieser Voraussetzung — auf der Regierungsvorlage nicht weiter bestehen.

Nun ist aber der von den Kompromißparteien vorgeschlagene Entwurf, der bis zu 4 Stimmen auf einen einzelnen Wähler läuft, der Ueberzeugung der Regierung nicht nur nichts Besseres, sondern noch weniger ist, neue Unzufriedenheit im Lande herbeizuführen.

Im übrigen teilt das Chemnitzer Blatt noch mit, daß der Reichsrat beim die Wahlrechtsdeputation fix und fertig der Wahlrechtsdeputation vorlegen könne. Das ist schließlich nicht mehr. Im übrigen ergibt sich aus der Auslassung des Chemnitzer Blattes, daß noch der gleiche Wirtswort in der Frage der Wahlrechtsreform wie bisher besteht. In, es läßt die ganze Geschichte den Schluss zu, daß der Graf Hohenthal seine Kompromißangelegenheiten, die sich bei ihm in der Stelle des Sommeraufenthalts bilden haben, in Dresden wieder aufgegeben hat.

Als Ministerpräsident

Sucht sich der Antisemit Zimmermann in seinem Wochenblatt die Deutsche Reform. Er veröffentlicht darin einen Artikel über die Wahlrechtsreform, der auch folgende vergiftete Spitze gegen den Minister Hohenthal enthält:

Unter dem Hohenthalischen Entwurfe steht doch der König in Intimität, als ich in der Stunde beigebracht (I) worden ist, dieser Vorschlag sei der praktisch beste und werde Zufriedenheit in der höchsten Bevölkerung schaffen. Sobald der König zu dem Entschlusse gelangt, daß der Hohenthalische Entwurf nicht zu dem gewünschten Ziele führe, daß er die Unzufriedenheit im Volk nicht überwinde, steht es dem Könige doch nicht frei, seine abweichende Ansicht kundzugeben. Das Recht ist jedem höchsten Bürger zu. Schon zur Vermeidung einer Kammerabstimmung würde man es begrifflich finden, wenn ein aufgeklärter König seinen eigenen Weg gehen würde, um eine Verständigung mit der Kammer und Bevölkerung herbeizuführen.

Das ist nichts anderes als der Rat für den König, Hohenthal dauernd beim nach Knauthain zu schicken und mit einem anderen Minister die Wahlrechtsdeputation auf etwas anderer Basis als dem Hohenthalischen Entwurfe zu versuchen. Bei alledem will der Zimmermann selbst keine gerechte Wahlrechtsreform; ja er weiß wohl selbst nicht, was er eigentlich will. Vor Jahren hat er einmal von einem Heilmann-Bensuss geredet, der zu einer Entscheidung der Hälfte aller Staatsbürger führen müßte.

Dem ehemaligen Wahlrechtsdirektor ist es bei seinem Ausfall gegen den Minister auch gar nicht um die Wahlrechtsreform zu tun. Er will Hohenthal nur weg haben, weil er sich von einem anderen eine weitergehende Berücksichtigung antikommunistischer Forderungen, vor allem in der Umhüllungsfrage, verspricht. Der wichtige Zwischenfall entbehrt aber auch des tragikomischen Bewusstseins nicht. Hat sich doch Graf Hohenthal alle Mühe gegeben, die Mittelständler mit schönen Versen und Versprechungen für sich zu gewinnen. Und nun wird er von einem Mittelständler in solcher Weise attackiert!

Der "Hinterband" des Gerichts.

In Leipzig erscheint seit einigen Jahren eine inhaltlich absolut mißverständliche Wochenschrift unter dem Titel "Hinterband". Der hohe Titel steht in keinem Verhältnis zu dem Inhalt des Blattes. Die Hauptaufgabe ist aber dem Herausgeber, durch Verbindung seiner Blätter mit einer Abonnementversicherung ein Geschäft zu machen. Schon häufig ist das Geschäftsgeschäft des Herausgebers sehr kritisiert worden, unter anderem auch im Reichstage, wo der Abgeordnete Gieseler diese Art Versicherungsaktion scharf geißelt und als unzulässiges Unternehmen enthielt. Er hat unter anderem hervor, daß nach einem Urteil des Leipziger Landgerichts die Zahl der Abnehmer 500 000 betragen habe; die Zahl der mitverschickten Exemplare war auf 350 000 angegeben worden; der Sachverhalt lag jedoch so, daß die Zahl der Versicherten nur 800 000 betragen habe. Das Gutachten des Sachverständigen ging nun dahin, daß im Laufe der Zeit der Wahrscheinlichkeit nach mindestens 80 Millionen Mark auszugeben seien, wenn der Angeklagte nicht eines Tages seinen Geschäftsbetrieb wieder einstellen will. Der Abgeordnete Gieseler führte damals aus, daß bei dieser 80-Millionsenschuld, die das Unternehmen den Versicherten gegenüber habe, man sich in den Restkomposten noch ausgeben dürfe, 500 000 Mark an Versicherungsgeldern deponiert zu haben. Wenn die Firma ihren Geschäftsbetrieb zumacht, sind alle Versicherten um ihre Ansprüche betrogen. Die Prospektus des Unternehmens betonte der Abgeordnete: "Meine Herren, das ist nicht mehr unzulässige Mittelwerbung, das ist öffentlicher Betrug und ein Verbrechen und muß als solcher hingestellt werden, da er sowohl die Prospektus als auch das Versicherungsgeld außerordentlich schädigt." Staatsanwalt Nierbering erklärte hierzu, nachdem er auf die Prospektus

der Prospektus hingewiesen hatte, solche behauerliche Erscheinungen zu beanstanden, daß er der Ansicht sei, daß ein anständiges literarisches Unternehmen sich nicht mit solchen Sachen beschäftigen könne, und daß es sicher wohlthätig wirken würde, wenn aus den Reihen der Presse dieser Art nicht kräftiger Ausdruck verliehen würde. Sollte das nicht helfen, bleibe nichts anderes übrig, als den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten.

Trotz dieser vernünftigen Kritik seines mehr als zweifelhaften Unternehmens ist Herr Meyer sehr empfindlich gegen eine Kritik in der Presse; er verklagt jeden Redakteur, der die verfehlte Versicherungsaktion gebührend brandmarkt. Diesmal hatte es die Kritik dreier sozialdemokratischer Blätter Herrn Meyer angeht. Er hatte deren verantwortlichen Redakteure vor das Leipziger Schöffengericht zitiert. Angeklagt waren die Genossen Mehlitz, Redakteur des "Stettiner Volksboten", Mollenhuth, Redakteur der "Elberfelder Freien Presse", Weiser, Redakteur der "Dresdener Volkszeitung" und Herr Meyer von den drei genannten Zeitungen je eine abnominiert, damit wurde vom Privatkläger der Beweis geführt, daß die Zeitungen in Leipzig "verbreitet" seien. Der Vertreter der drei Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Hübler, bestritt die Zuständigkeit des Leipziger Gerichts, doch wurde einem dahingehenden Antrage nicht stattgegeben, da schon das Abonnement eines Exemplars genüge, den Begriff der Verbreitung zu erfüllen. Sämtliche Angeklagten waren vom Erscheinen entbunden.

In der Verhandlung wurde das Unternehmen vom Vertreter der Beklagten noch gebührend gelobt. Er führte unter anderem aus: Wenn die Versicherung des Privatklägers in früheren Prozessen richtig wäre, daß er in jedem einzelnen Falle sich verpflichte, ein Sterbegeld von 100 Mark zu zahlen, dann müßte erlangen werden, daß er innerhalb eines halben Monats bei 800 000 Versicherten 80 Mill. Mark zur Auszahlung bringen müßte. Kein Mensch wird glauben, daß diese Summe an Sterbegeldern neben den übrigen Versicherungsleistungen jemals vom Privatkläger oder seinen Erben zur Auszahlung gelangen. Der Privatkläger hat ja auch in früheren Prozessen das Sterbegeld als freiwillige Leistung bezeichnet, weil er nach dem jetzigen Gesetz sein Unternehmen in Form eines Klagenbroschürenverkaufs nicht einbringen könne. Ferner ist der Versicherungsanspruch daran gebunden, daß das Blatt existiert. Der Privatkläger hat es jeden Tag in der Hand, sich seiner gesamten Versicherungsverbindlichkeiten zu entziehen; er braucht nur das Erscheinen des Blattes einzustellen. Das wird aber sofort eintritt, sobald das Unternehmen nicht mehr profitabel ist. Literarisch ist das Unternehmen absolut wertlos; der Verfall ist ein Unterhaltungsblatt niederster Sorte. Professor Dr. Koch in Heilberg hat als Sachverständiger vor dem Schöffengericht in Lubowitzhausen die Romane als "Hinterband"-Literatur bezeichnet. Der übrige Inhalt wurde von den Zeitungen kleinerer Blätter weit übertroffen. Manche Inserate sind unflüchtig, andere ist der Schwindel an die Stirn geschrieben, doch sind sie geeignet, Leuten von der Bildungslage wie den Eltern des Freierabend das Geld aus der Tasche zu loden. Die Versicherungskosten des Blattes belaufen sich auf höchstens 50 Pf. Der Gewinn beträgt bei dem jetzigen Abonnementpreis von 20 Pf. eine Million Mark jährlich.

Die Anträge des Verteidigers auf Labung von Sachverständigen werden vom Gericht abgelehnt. Der Vertreter des Klägers lud das Unternehmen in ein günstiges Licht zu rufen. Herr Meyer habe eine Million deponieren müssen, um die Versicherungsansprüche auf längere Zeit hinaus sicherzustellen. Auch könne jeder Versicherter die Versicherung bei der Währungsreform kassieren, auch wenn er nicht mehr Abnehmer des Freierabend sei. Nach mehreren Auseinandersetzungen wird dann folgendes Urteil gefällt: Der Genosse Mehlitz wird zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt, dem Privatkläger wird die Publikationsbefugnis des "Hinterband" zurückgenommen. Die Ausdrücke in der Zeitung seien für den Herausgeber, Herrn Meyer, beleidigend, es müsse daher die Bestrafung wegen formaler Beleidigung erfolgen. Der Genosse Mollenhuth erhielt wegen einer ähnlichen Tat 30 Mark Geldstrafe unter der gleichen Bedingung. Die Klage gegen den Genossen Weiser, die zuerst angelegt war, konnte nicht zur Verhandlung kommen, da der Vertreter des Privatklägers nicht rechtzeitig erschienen war.

So der Ausgang des Prozesses, der den "Hinterband" Meyer wieder einmal im vollen Glanze zeigt, aber auch dargelegt hat, daß die Kennzeichnung solcher Versicherungsaktionen durch die Presse deren Redakteure durchaus nicht von Strafe schützt, trotz der Aufforderung des Staatsanwalters Nierbering, derartige behauerliche Erscheinungen häufiger, entschuldener und scharf zu brandmarken.

Wird in Polizeiwachen geprügelt?

Diese schon oft aufgeworfene Frage wird in der Verfassungskammer des Landgerichts Chemnitz demnächst zu erörtern sein. Die Behauptung, daß in Chemnitz Polizeiwachen sistierte geprügelt werden, ist schon oft aufgestellt worden, doch ist man eine ernsthafte Untersuchung der Behauptungen noch nicht herangezogen. Der Beweis ist natürlich auch nicht leicht. Das liegt in der Natur der Sache. Diejenigen, die behaupten, geprügelt worden zu sein, sind oft in betrunkenem Zustande gewesen, vor allen Dingen aber fehlt es doch in 99 von 100 Fällen an Zeugen für die Vorgänge, die sich in den Polizeiwachen abspielen. So klagte vor dem Schöffengericht, vor dem er sich wegen Erregung ruhestörender Lärmes und Beleidigung zu verantworten hatte, der Antikristliche Polmann, daß er auf der Polizeiwache von dem Schutzmann Lippmann auf die Bank im Wächterstall geschleudert worden sei und "ein paar vermurten" bekommen habe. Da habe er sich wehren wollen und die Hände gegen den Schutzmann erhoben und sich eine bezügliche Beleidigung verdient. Darauf sei der Wächtermeister tätig geworden, aber nicht gegen den Schutzmann, sondern gegen ihn, den Angeklagten. Der Wächtermeister habe den rechten Arm erhoben und gesagt: "Halten Sie das Maul, sonst kriegen Sie Schellen, das Ihnen die Zähne in... rein fliegen." Als Zeuge vernommen, bestritt der Wächtermeister, der auch von Uebergriffen des Schutzmanns T. nichts bemerkt haben will. Auf Vorfall gab er zu, daß T. sich habe zugreifen müssen, denn T. habe nach ihm geschlagen. T. war nicht als Zeuge anwesend. T. bestritt entschieden, T. hätte angegriffen zu haben und blieb bei der Behauptung stehen, daß er sich nur gegen die ihm mißbehagene Behandlung habe wehren wollen. Er wurde zu 10 Tagen Gefängnis und 2 Tagen Haft verurteilt. Die Strafe wurde in der Urteilsbegründung als milde bezeichnet. Da der Beschuldigte sich die letzten 20 Jahre von gerichtlichen Strafen freigeschrieben, habe man die Sache milde beurteilt. Der Beiratsrat war aber anderer Meinung über die Strafböhe, er will das Urteil nachprüfen lassen.

Von der Frennflage.

Die Zahl der Geisteskranken ist bekanntlich fortgesetzt im Zunehmen begriffen. Nach dem letzten Geschäftsbericht des Hilfsvereins für Geisteskranken im Königreich Sachsen befinden sich im Jahre 1907 nicht weniger wie 5805 Kranke in den sämtlichen staatlichen Landes-, Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranken und der Anstalt für Epileptische in Goldzig. Außerdem befinden

sich noch in anderen sächsischen Kliniken und Anstalten (z. B. der Psychiatrischen Klinik der Universität Leipzig, der Heil- und Pflegeanstalt und dem Lunaticum in Dresden, der Anstalt für Schwachsinnige in Chemnitz usw.) mindestens 3000 psychisch Kranke. Nach den Angaben des Vereins beträgt die Zahl der sich in Anstaltspflege befindlichen Irren im Königreich Sachsen auf 100 000 Einwohner circa 175. Das ist sehr wenig, wenn man sie mit der Zahl der Kranken vergleicht, die zweifellos der Anstaltspflege bedürfen. Man könne annehmen, daß mehr als der Hälfte der Geisteskranken in Sachsen Anstaltspflege nicht zuteil wird.

Hoffentlich wird dieser Mangelstand nach Errichtung der neuen staatlichen Irrenanstalt in Arnsdorf, die für 1200 Kranke eingerichtet werden soll, etwas gemildert.

Wadeberg. Im benachbarten Kleinwolmsdorf sind in einem Grundstücke in den letzten Tagen mehrere Typhus-Erkrankungen vorgekommen, von denen leider eine zum Tode geführt hat. Die behördlichen Feststellungen haben ergeben, daß die Erkrankten auf den Genuss schlechten Wassers zurückzuführen sind, das einem auf dem Grundstücke vorhandenen Brunnen entnommen war. Die noch Dankebedürftigen sind glücklicherweise auf dem Wege der Besserung.

M. Chemnitz. Die Verhandlung gegen Amanda Schubert und zwei Genossen findet vor der dritten Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts diese Woche statt. Es sind dazu drei Tage angelegt, und zwar vom 17.—19. September. Die Anklage lautet auf Erpressung (versucht und gemeinschaftlich ausgeführt). Es heißt, daß für die Verhandlung der Schwurgerichtssaal benutzt werden soll, um dem voraussichtlich recht starken Andrang des Publikums soweit wie möglich entgegen zu kommen.

Nachrichten aus dem Lande.

Wadeberg. Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf das morgige, Mittwoch, stattfindende Stiftungsfest des Gefangenenhilfsvereins hinzuweisen. Außer Chorgesängen und humoristischen Vorführungen tritt der Arbeiterturnverein mit einer Mustertruppe auf, das erste Mal seit seinem Bestehen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Unter jähreslichen Schmerzen gekränkt ist der Fuhrunternehmer Bauer in Wittichdorf bei Lößnitz, der mit der linken Hand in ein Wagenrad gekommen war. In die Wunde war Straßenstaub eingebracht, weshalb ihm die Hand abgenommen werden mußte. Auch diese Notlage konnte dem Unglücklichen nicht retten. Es trat Brand hinzu, der zu seinem Tode führte. — Bei Meisa hat die Erde wieder ein Opfer gefordert. Eine Anzahl Kinder spielte auf einem Floß. Dabei fiel der 14jährige Fritz Rilmann ins Wasser und wurde von den Platanen fortgerissen. Hilfe konnte ihm nicht gebracht werden und so mußte er ertrinken. Der Leichnam ist noch nicht gefunden. — Ein heftiges Mißgeschick hat eine Frau in Reichendach betroffen, indem sie sich beim Waschen eine Nähnadel in die Hand rief, da in dem verwendeten Seifenpulver unvorhergesehenweise Nähnadeln als Präzident verpackt waren. Die Frau sah sich genötigt, sich in das Kreisbrennerei-Bezirk nach Jandau zu begeben, wo sie die Nadel auf operativem Wege entfernt werden mußte. — Während der prelaten Schönebergmeister Gustav Kirchen in Seditz sich an der Aufführung des geistlichen Festspiels von Wilhelm von Wolgast als Mitspieler beteiligte, machte sich zu Hause sein elfjähriger Sohn an einer Herabradlerne zu schaffen, welche explodierte und den Anaben am Kopf und am übrigen Körper so schwer verletzete, daß er noch in der Nacht in das sächsische Krankenhaus übergeführt werden mußte. — Ein heftiger Straßenkampf bot dieser Tage in Oberleutsdorf die Krümmung. Infolge einer Erleichterung kam ein auf dem Wagen liegendes großes Stropfah und rollen und fiel herab auf die Erde, so daß die Reifen sprangen und der süße Inhalt des Pflaßes auf die Straße sich ergoß. Im Nu bildete sich um den süßen Berg ein schier unentwirrbarer Anhauf von Kinderleibern, die mit Fingern zulangten oder sich nach Köpfen und kleinen Töpfchen aus den Häusern herbeigeholt hatten und den süßen Sirup schluckten. — Ein Wertschätzung wurde in Jandau in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag auf die im Stadteile Weißborn wohnende Gutbesitzerin Frau Fröhlich verübt. Sie sah in der Stube, als plötzlich durch das verschlossene Fenster ein Schuß abgegeben wurde. Die Kugel drang in die Nähe des Kopfes in die Wand ein, ohne die Frau zu verletzen. Über den Täter fehlt jede Spur. Ebenso ist das Motiv, das ihn auf der Tat verleitete haben könnte, völlig unbekannt. — Der Grenzaußerer U. wurde nachts in der Nähe des Waldhauses bei Seditz überfallen und durch einen Stich in die Brust verletzt. Der Umstand, daß der Stich von einem Unbekannten abging, verheißt eine übliche Verleumdung. Von dem Täter fehlt jede Spur. — Der Weidensteller Ernst Thomas, welcher am 7. September in seinem Beruf auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof von einer Maschine umgerissen und schwer verletzt wurde, ist am Sonntag an den Folgen seiner Verletzungen gestorben. — Der 47jährige Kunstflechter Herr Starke in Chemnitz kam am Sonntagabend in der achten Stunde infolge Ausbleibens auf der Treppe des von ihm bewohnten Hauses, Meißnerstraße 24, zu unglücklich zu Falle, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, an deren Folgen er gestern Nachmittag gestorben ist. — Aus unbekannter Ursache explodierte der auf der Grenzstraße in Leipzig-Wohlitz zum Auspumpen des Wassers aus dem ehemaligen Mühlgraben aufgestellte Benzinmotor, als er aufgefüllt wurde. Dabei erlitten zwei Arbeiter erhebliche Brandwunden. Der eine der verunglückten Männer mußte seiner schweren Verletzungen wegen in das Ratonienklinikum übergeführt werden. — Die Brauereibesitzerin Wälsch in Gr.-Dölitz bei Leipzig gab, um das Feuer anzufachen, aus einer Flasche Petroleum in den Ofen. Die Flasche explodierte und setzte die Kleider der jungen Frau in Brand. Die Unglückliche wurde dadurch so schwer verletzt, daß sie kurze Zeit darauf unter größtenteils Schmerzen verstarb. Die Frau war erst fünf Monate verheiratet.

Stadt-Chronik.

Wohnungsmangel in Dresden!

Diese Tatsache wird im 17. Heft der Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden festgestellt, das soeben erschienen ist und eine Abhandlung vom Vorleser dieses Amtes, Herrn Dr. Schäfer, über die Lage des Dresdener Wohnungsmarktes im Jahre 1907 enthält. Wenigstens für einige starkbevölkerte Arbeiterviertel der Stadt wird das konstatiert. So wird nachgewiesen, daß im Oktober 1907 der Wohnungsvorrat unter dem für den Winter 1907/08 nötigen Durchschnittsfrage von 3,48 Prozent in neun Stadtteilen zurückblieb, zum Teil ganz bedenklich. Es hatten nämlich leere Wohnungen: Friedrichstadt 2,6, Plauen 2,98, Ostban 1,37, Wölfnitz 3,19, Rauschwitz 0,74, Gohlis 1,98, Leipziger Vorstadt 3,7, Witten 1,54 und Kaditz 2,7 Prozent. Dabei muß man bedenken, daß der für die ganze Stadt vorhandene Durchschnittsbedarf von

3,48 Prozent an sich schon äußerst niedrig ist. Erstklassige Wohnungsflächen verlangen 4 bis 5 Prozent leerstehende Wohnungen.

Weiter wird über das Ergebnis der Erhebung nach dieser Richtung hin ausgeführt: In den hier genannten Stadtteilen war der Wohnungsbedarf bereits im Oktober vorerzogen Jahres knapp. Sicht man von den kleineren unter ihnen ab, so fällt diese Last fast ausschließlich am härtesten in Lößlau und Cotta an. In Lößlau, das rund 42 000 Einwohner zählt und rund 11 000 Wohnungen hat, war der Vorrat auf 144 Wohnungen zusammengefallen; in Cotta mit rund 16 000 Einwohnern und 4 300 Wohnungen auf 138 Wohnungen. Allerdings liegt die Sache ja nicht so, als ob derjenige, der in Lößlau oder Cotta keinen Beruf ausübt, nur auch unbedingt da wohnen möchte. Nicht nur der Fabrikarbeiter, auch der Beamte und der Handwerker und der Kaufmann der Großstadt muß häufig einen längeren Weg machen, um auf sein Bureau oder seinen Arbeitsplatz zu gelangen, und den Randorten in den Dörfern liegen ihre Felder auch nur zum kleinsten Teile unmittelbar vor der Tür; aber besonders sind allzu große Entfernungen auch in den Großstädten und trotz der elektrischen Straßenbahnen immerhin. Jedenfalls sucht man sie möglichst abzuweichen. Wer in der Gegend seines Arbeitsplatzes keine Wohnung finden kann, wird versuchen, in den angrenzenden Stadtteilen unterzukommen. Aber auch in dieser Beziehung sind die Verhältnisse für Lößlau und Cotta zurzeit ungünstig, denn die benachbarten Stadtteile Plauen, Kaufhaus, Bölsing und die Friedrichstadt haben selbst keinen ausreichenden Vorrat mehr. Für Lößlau kommen als Nachbarkreise noch in Betracht die Südvorstadt, wo der Vorrat an Kleinwohnungen noch ziemlich groß (288 Wohnungen), der Vorrat im ganzen für die eigenen Bedürfnisse des Stadtteils aber gerade noch ausreichend ist; und allenfalls noch die Südoberstadt. Nur sind Kleinwohnungen in der Südoberstadt verhältnismäßig selten (lediglich Ostervorort 91 Kleinwohnungen) und wesentlich teurer als in Lößlau. Fernlich, wenn auch weniger beschränkt, ist die Marktloge in der Friedrichstadt mit einem Vorrat von 175 Wohnungen, und in der westlichen Leipziger Vorstadt mit einem Vorrat von 85 Wohnungen. Auch haben diese Stadtteile bessere Mietsbedingungen. Die Friedrichstadt nächst der Südvorstadt an der inneren Altstadt, wo noch zahlreiche Kleinwohnungen leerstehen und billiger (aber auch weniger besetzt) als in der Friedrichstadt sind; und die westliche Leipziger Vorstadt an der Mitteln und außerdem an der inneren Neustadt und der Antonsstadt.

Die häßlichsten Wohnquartiere sind unsere (Oktober 1907) also Lößlau und Cotta und die kleineren westlichen Außenbezirke. Es hängt dies teils mit der im früheren geschichtlichen Veränderungen Richtung der Umzüge und jüngere, teils mit der Bautätigkeit zusammen, die wie in Gesamt-Dresden, so auch in den neuen Vororten sehr erheblich nachgelassen hat. (Der Rat hat sie förmlich zurückgehalten! Sie sind.) Die Statistik zeigt, daß während der Jahre 1901 bis 1907 die Zahl der durch Neubau jährlich neuerstellten Wohnungen zurückgegangen ist: in Gesamt-Dresden von 4061 (1903 sogar 4369) auf 986, in der Friedrichstadt von 199 auf 29, in Plauen von 86 auf 23, in Lößlau von 423 auf 85, in Cotta von 311 auf 61, in den Leipziger Vorstädten von 214 auf 39 und in Stadt von 125 auf eine Wohnung. Dieser Rückgang scheint auch im laufenden Jahre (1908) noch anzuhalten; es wurden bei der Jubiläumfeier der im Bau befindlichen Wohnhäuser diesmal nur 57 fertige Häuser abgeben, gegen 63 im Jahre 1907, 117 im Jahre 1906, 201 im Jahre 1905 und 328 im Jahre 1904. Daß die anhaltend starke Nachfrage nach Wohnungen in Plauen und Cotta und den anderen überlegten Außenbezirken auch die Mieten gesteigert hat, ist selbstverständlich und geht auch aus den für die leerstehenden Wohnungen verlangten Preisen hervor. Besonders beachtet war die geringere Kleinwohnungs, die aus zwei reizbaren Zimmern, Kammer und Küche besteht, die vierzügige Wohnung. Ihre Preise sind fast durchweg gestiegen. (1) Für eine solche Wohnung wurden im Jahre 1905 Mietminderungen 1906 und im Jahre 1907 verlangt in Plauen 378 M. und 361 M., in Lößlau 328 M. und 336 M., in Cotta 277 M. und 288 M., in Stadt 238 M. und 257 M., und in Witten 223 M. und 260 M. Auch in Stadtteilen mit ausreichendem Vorrat sind diese Wohnungen teurer geworden. (2) Ihr Durchschnittspreis hat sich erhöht in Striesen von 316 M. auf 323 M. Die Preise der dreizügigen Wohnung (Stube, Kammer und Küche) sind dagegen fast in ganz Dresden von 1905/07 noch weiter gesunken. In den überfüllten westlichen Vororten hängt dies in der Hauptsache wohl damit zusammen, daß dort bereits eine starke Anleihe unter den am meisten verlangten Wohnungen festgefunden hat, so daß im allgemeinen nur die weniger konfurrenzfähigen Wohnungen (das heißt die Häuser von Wohnungen, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u. 1292. u. 1293. u. 1294. u. 1295. u. 1296. u. 1297. u. 1298. u. 1299. u. 1300. u. 1301. u. 1302. u. 1303. u. 1304. u. 1305. u. 1306. u. 1307. u. 1308. u. 1309. u. 1310. u. 1311. u. 1312. u. 1313. u. 1314. u. 1315. u. 1316. u. 1317. u. 1318. u. 1319. u. 1320. u. 1321. u. 1322. u. 1323. u. 1324. u. 1325. u. 1326. u. 1327. u. 1328. u. 1329. u. 1330. u. 1331. u. 1332. u. 1333. u. 1334. u. 1335. u. 1336. u. 1337. u. 1338. u. 1339. u. 1340. u. 1341. u. 1342. u. 1343. u. 1344. u. 1345. u. 1346. u. 1347. u. 1348. u. 1349. u. 1350. u. 1351. u. 1352. u. 1353. u. 1354. u. 1355. u. 1356. u. 1357. u. 1358. u. 1359. u. 1360. u. 1361. u. 1362. u. 1363. u. 1364. u. 1365. u. 1366. u. 1367. u. 1368. u. 1369. u. 1370. u. 1371. u. 1372. u. 1373. u. 1374. u. 1375. u. 1376. u. 1377. u. 1378. u. 1379. u. 1380. u. 1381. u. 1382. u. 1383. u. 1384. u. 1385. u. 1386. u. 1387. u. 1388. u. 1389. u. 1390. u. 1391. u. 1392. u. 1393. u. 1394. u. 1395. u. 1396. u. 1397. u. 1398. u. 1399. u. 1400. u. 1401. u. 1402. u. 1403. u. 1404. u. 1405. u. 1406. u. 1407. u. 1408. u. 1409. u. 1410. u. 1411. u. 1412. u. 1413. u. 1414. u. 1415. u. 1416. u. 1417. u. 1418. u. 1419. u. 1420. u. 1421. u. 1422. u. 1423. u. 1424. u. 1425. u. 1426. u. 1427. u. 1428. u. 1429. u. 1430. u. 1431. u. 1432. u. 1433. u. 1434. u. 1435. u. 1436. u. 1437. u. 1438. u. 1439. u. 1440. u. 1441. u. 1442. u. 1443. u. 1444. u. 1445. u. 1446. u. 1447. u. 1448. u. 1449. u. 1450. u. 1451. u. 1452. u. 1453. u. 1454. u. 1455. u. 1456. u. 1457. u. 1458. u. 1459. u. 1460. u. 1461. u. 1462. u. 1463. u. 1464. u. 1465. u. 1466. u. 1467. u. 1468. u. 1469. u. 1470. u. 1471. u. 1472. u. 1473. u. 1474. u. 1475. u. 1476. u. 1477. u. 1478. u. 1479. u. 1480. u. 1481. u. 1482. u. 1483. u. 1484. u. 1485. u. 1486. u. 1487. u. 1488. u. 1489. u. 1490. u. 1491. u. 1492. u. 1493. u. 1494. u. 1495. u. 1496. u. 1497. u. 1498. u. 1499. u. 1500. u. 1501. u. 1502. u. 1503. u. 1504. u. 1505. u. 1506. u. 1507. u.

Unter Wollher, Augsburg war, der jedoch nicht genügend unterstützt wird:

Der Parteivorstand wolle beschließen:

1. Die Frage der Budgetbewilligung wird als besonderer Verhandlungsgegenstand, als Punkt 3, behandelt.

2. Es wird eine Kommission von 15 Mitgliedern ernannt, welcher die Vorbereitung dieses Punktes übertragen wird. Bei der Wahl dieser Kommission sollen nicht allein die an der Frage direkt Beteiligten, sondern auch solche Berücksichtigung finden, welche sich in der Kolonie noch nicht festgelegt haben.

3. Zu der Berücksichtigung der Kommission wird ein Referent und ein Korreferent von dieser bestellt. Es wird erst nach dem Referat im Plenum verhandelt.

Der Parteivorstand stimmt dem Vorschlag von Singer ohne Bedenken zu. Dadurch erledigt sich der Antrag 1.

Zu Antrag 4 bezieht sich Schindler-Waldberg: Sie wissen, daß Bedel bereits im Reise nach England eine Stellung eingenommen hat, die sich nicht ganz deckt mit den Absichten des Berliner Aktionsausschusses. Wie müssen die Frage einmal verhandeln und zwar soll dabei nicht nur die gegenwärtige Kriegsbegeisterung, sondern überhaupt erörtert werden, was die Partei zu tun hat, um die öffentliche Aufmerksamkeit mehr auf die auswärtige Politik zu lenken.

Müller-Welch stellt mit Rücksicht darauf, daß der Parteivorstand die Absicht hat, eine Resolution für die auswärtige Politik vorzulegen, den Antrag 3 zurück.

Singer: Ich kann bestätigen, daß der Parteivorstand und die Aktionskommission dem Parteivorstand eine Resolution über die auswärtige Politik unterbreiten werden. Bei dieser Resolution kann auf das eingegangen werden, was dieser Antrag begehrt.

Antrag 4 wird abgelehnt.

Singer legt weiter mit, daß der Geschäftsbericht des Vorstands über die verschiedenen Parteien getrennt behandelt werden soll, und zwar soll dieser über die Organisation referieren, über die die Kolonialfrage, die Frage über die Kolonialorganisation und die Frage über den Bildungsausschuss.

Der Parteivorstand stimmt dem Vorschlag zu, und genehmigt die Tagesordnung entsprechend dem Vorschlag von Singer.

Insoweit mit Genosse Singer eine Verteidigung zu dem Parteivorstand über die Absicht von Sonntag (Kolonisationsfrage) die eine Sonderkommission lautet: Es soll nicht heißen: daß die Parteivorstand die verschiedenen einwilligen und Einverständnis mit ihnen, sondern die Parteigenossen müssen es als ihre Pflicht betrachten, die Beschlüsse des Parteivorstandes unverzüglich hochzuhalten.

Dann erweist Singer

das Wort zur Begründung der ausländischen Delegierten:

Wir haben auch in diesem Jahre das Vergnügen, Genossen von den ausländischen Parteiparteien begrüßen zu können, und zwar eine ziemlich größere Anzahl als im vorigen Jahre. Als Delegierte der englischen Sozialdemokratie sind erschienen Genosse Garsch, der vielen von uns schon persönlich bekannt ist, und Genosse Sanders, der die Labour Party und Fabian Society vertritt. Die deutsche Sozialdemokratie ist durch Genossen Schindler-Waldberg, Minarski und Genossen Dabid, Wien vertreten. Belgien vertritt den Genossen Duhmans, den Sekretär des Internationalen Bureaus, den Genossen Müller vom Deutschen Verein in Brüssel und den Genossen Kästner aus der Partei der Arbeitervereine in Antwerpen die Genossen Schindler-Waldberg. Ich rechne alle diese herzlich willkommen und spreche im Namen des Parteivorstandes den Dank aus, so viele Delegierte der Parteiparteien des Auslandes begrüßen zu können. Ich hoffe, unsere Parteipartei werden mit unseren Brüdern an die ausländischen Parteien die Überzeugung aus den Verhandlungen unserer Tagung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor ihrer internationalen Solidarität und Sympathie sich bewußt bleibt, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Organisation und ihren Verhandlungen als ein Glied der proletarischen Parteien aller Länder fühlen, durch ihre Verhandlungen auch neue beweisen wird, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei nach wie vor besteht und daß die deutsche Sozialdemokratie es sich nicht nehmen lassen wird, sowohl in der prinzipiellen Vertretung der sozialdemokratischen Grundgedanken als auch der praktischen Politik, die sie zur Befreiung und Befreiung ihrer Grundgedanken anstreben, aber ein dienendes Glied des internationalen Proletariats, oder auch wie sie mit berechtigtem Stolz von sich sagen kann, als einwirkendes und wichtiges Glied der internationalen Arbeiterbewegung nach wie vor anzusehen zu werden.

Es nehmen darauf die ausländischen Delegierten zur Begründung des Parteivorstandes das Wort.

Genosse London

Hier folgende von Genossen Ledebour übersetzte Ansprache: Es ist nicht meine Absicht, hier auf unsere Parteitagungen Deutschland einzugehen, die ja in einem jeden Lande von den Genossen des Landes für sich geregelt werden müssen, oder Schwierigkeiten zu erörtern, die in anderen Ländern auftreten. Wir können es darauf an, die großen gemeinsamen Gesichtspunkte hervorzuheben, die uns in dem Kampf um die kapitalistische Gesellschaft verbinden. Wir haben den Parteivorstand, der in Deutschland die Tätigkeit der Partei sowohl auf organisatorischem als auf politischem Gebiet fördern zu können. Wir haben auch außerdem Gelegenheit gehabt, die außerordentliche Energie der deutschen Sozialdemokratie zu sehen, wir haben die Pionierarbeiten der deutschen Sozialdemokratie zu sehen, wir haben die politische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie bewundert, und es kommt es mir vor allem darauf an, auf die internationalen Fragen einzugehen, die gemeinsam im Interesse der internationalen Sozialdemokratie von den Parteigenossen aller Länder erörtert werden müssen: die Sicherung des internationalen Proletariats. (Beifall.) Wir haben in der letzten Zeit in allen europäischen Ländern, besonders in England und Deutschland, so viel von der Kriegshysterie gehört. Ich brauche den deutschen Genossen nicht zu versichern, daß wir englischen Parteigenossen ebenso wie Sie mit aller Energie für die Aufrechterhaltung des Friedens kämpfen. Wir werden alles tun, was in unserer Macht liegt, um internationale Konflikte zwischen England und Deutschland im Interesse der Arbeiter zu lösen, und wir sind bereit, wenn diese zwischen den Völkern ausbrechen, so sind es überwindliche Schwierigkeiten, die sie überwinden werden. Die Völker sind in ganz Europa in zu großen Teilen friedlich gesinnt. Die Ursache zu den Kriegen ist zu suchen bei den herrschenden Klassen. Man leben haben, daß in England ein demokratisches Verfassungs-Gesetz selbstverständlich ist. Das ist außerordentlich, sofern man nur es nicht auf die äußeren Angelegenheiten zu verdrängen sieht. Aber es wird über den Krieg des Völkern zu tun. Auch in England, durch die Vertreter der Regierung die Kriegshysterie gefördert. Auch in England erfährt das Volk nicht alles, was es England werden durch diplomatische, durch die Kabinette, hinter unter Umständen zum Krieg führen können. Eine eigentliche Partei von den sozialistischen Parteien, in den europäischen Ländern nicht. Auch die bürgerlichen Parteien werden nicht als eigentliche Kriegsparteien auf. Aber wir wissen, daß es

Interessen gibt, Interessenverbände, die in allen Nationen am Ausbruch eines Krieges außerordentlich interessiert sind, die aus dem Krieg Nutzen ziehen.

Die Vertreter dieser Kriegsparteien sind es, die gleich den Geiern über den blutigen Schlachtfeldern schweben, um aus dem Gemetzel und aus der Schächterei ihre Beute zu ziehen, und gegen diese Kriegsparteien vorzugehen haben wir nicht bloß jetzt, das haben wir im ganzen Laufe der Entwicklung stets für unsere Pflicht gehalten. Als der Burenkrieg ausbrach drohte, haben wir englischen Sozialisten von Anfang an unter großen Schwierigkeiten, entgegen der öffentlichen Meinung, gegen diese Kriegshysterie getrieben. Und wäre damals das englische Volk unter dem Einfluß der Kriegshysterie gewesen, so hätte sich das Sprichwort bewährt: 'Vorher gerät, ist vorher geschickelt.' Leider sind wir damals nicht durchgedrungen. Erst nachher hat sich auch der Widerstand der englischen Völker der Überzeugung von der unglücklichen Torheit dieses Krieges bemächtigt. Und auch in der letzten Zeit, als bei uns die Kriegshysterie gegen Deutschland entzündet, haben wir bei jeder Gelegenheit, wo irgendwo Kompensation zu entstehen drohten, und dagegen gewandt. Wir haben protestiert gegen die Entsendung der englischen Flotte in die deutschen Gewässer, weil wir darin eine Demonstration gegen Deutschland erblickten. Wir haben protestiert gegen die Reise des Königs Edward nach Rußland. Wir haben protestiert gegen diesen Besuch, nicht nur deswegen, weil wir auch darin eine jener diplomatischen Machenschaften erblickten, die bis zu einem gewissen Grade gegen Deutschland gerichtet sind, sondern wir haben auch dagegen protestiert, daß der Vertreter des englischen Volkes sich soweit erniedrigte, die Hände des Zaren zu drücken, die noch tiefen vom Blute seiner eigenen Untertanen. (Beifall.) Und Parteigenossen, wenn wir in diesem Geiste handeln, wenn wir in diesem Geiste bei jeder Gelegenheit für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt haben, so fühlen wir uns bei jeder Friedensfeier nicht als Engländer, wie auch der Zuch nicht bei solchen Gelegenheiten als Deutsche fühlt. Wir fühlen uns als Vertreter der Menschheit, die die Geschichte der Menschheit in ihren Händen trägt. Genossen und Genossinnen! Laßt uns darauf hinwirken, daß die Beziehungen der Völker nicht mehr geregelt werden durch Geheimverträge der Diplomaten, sondern daß überall die Völker selber über ihre Geschicke bestimmen und in voller Offenheit ihre Beziehungen zueinander regeln, dann wird es dahin kommen, daß wirklich Frieden und Freundschaft unter den Völkern der ganzen Welt herrscht. (Lebhafte Beifall.)

Genosse London:

Genossen und Genossinnen! Ich habe die Ehre, dem Parteivorstand die brüderlichen Grüße der englischen Labour-Party und Fabian Society zu überbringen. Diese englische Arbeiterorganisation begrüßt die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem schönen Erfolg bei den Wahlen zum preussischen Landtage und zu dem unglücklichen Zustand ihrer Bewegung. Gleichzeitig soll ich den aufrichtigen Dank und Bewunderung Ausdruck verleihen für die Art, wie die deutsche Sozialdemokratie gegen die Versuche angekämpft hat, Feindschaft zwischen unsere beiden Völker zu säen und einen Krieg zwischen Deutschland und England zu entfachen. (Beifall.) Die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt, besonders aber die des englischen und deutschen Volkes sind auf das engste mit der Forderung des Friedens verknüpft. Sie erheben sich gebieterisch, daß internationale Streitigkeiten anders beigelegt werden, als durch Anwendung barbarischer physischer Kraft. Was die deutsche Sozialdemokratie hier zu Lande getan hat, um den Arbeitern die Wohlfahrt dieses Wertes klar zu machen, werden wir auch in England fertig bringen. Wir werden mit äußerster Energie alle Versuche bekämpfen, einen Krieg zwischen Deutschland und England als unvermeidlich hinzustellen. Schon jetzt haben wir zu diesem Zweck Maßnahmen getroffen, die nicht ohne Erfolg geblieben sind. Je besser die organisierten Arbeiter der Welt einander in ihren Bestrebungen sich verstehen, um so schneller wird es für die Beteiligten werden, einen Krieg zu vermeiden. Wäge dieser Parteitag nicht nur zur Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland beitragen, sondern möge er auch das Band zwischen den Arbeitern dieses Landes mit allen Ländern enger knüpfen. Lasst uns unser aller Wunsch in England. (Lebhafte Beifall.)

Minarski-Wien:

Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Sozialdemokratie zu begrüßen. Schon auf dem 5. Parteitag der deutschen Arbeitervereine vor 40 Jahren waren Delegierte der jungen österreichischen Arbeiterbewegung anwesend, was die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung und die Unabhängigkeit von der Bourgeoisie bezeugen würde. Seit dieser Zeit haben wir stets in enger Gemeinschaft mit der deutschen Arbeiterbewegung gewirkt. Mit Bewunderung und Hochachtung haben wir den glänzenden Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie beobachtet und auf allen Parteitagungen haben wir neues gelernt. Auch dieser Parteitag wird uns Gelegenheit zum Lernen geben und wie haben das so notwendig, weil wir sehen, daß auch die bürgerlichen Parteien Österreichs von den bürgerlichen Parteien Deutschlands zu lernen suchen. Die Parole des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie wird auch in Österreich ausgegeben. Und seitdem das neuegebildete Parlament, für das wir in Schwermut Kampfe 88 Sitze erlangen, zusammengetreten ist, haben wir auch eine mächtige Koalition aller bürgerlichen Parteien innerhalb des Parlamentes gegen die Sozialdemokratie. Dieser Parteitag wird uns vor allem deshalb interessieren, weil wichtige taktische und organisatorische Fragen auf ihm erörtert werden. Wir sind fest überzeugt, daß die Hoffnungen der Gegner wieder einmal aufstehen werden. Wir sehen in der öffentlichen Verhandlung dieser Fragen nur einen Beweis für die Stärke der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.) Uns interessiert auch das Problem der Jugendorganisation. Wir selber in Österreich haben seit langer Zeit eine Jugendorganisation, die in enger Gemeinschaft mit der Partei arbeitet und von der Partei wie von der Gewerkschaftskommission ideell und materiell unterstützt wird. Wir haben in Österreich mit der Jugendorganisation die besten Erfahrungen gemacht. Wir hoffen, daß diese Frage zum Wohle der Kampfpartei auf diesem Parteitag gelöst wird. Wir haben stets Schüler an Schüler in enger Gemeinschaft trotz der trennenden Grenzen zusammengekommen, lernen und auch in unserer jetzigen Tagung Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit zu finden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen zu Ihren Verhandlungen und begrüße Sie mit dem besten Parteitagampfung: Es lebe die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie! (Lebhafte Beifall.)

Genosse Belgien:

Die belgische Arbeiterpartei schließt sich den Friedenswünschen unserer englischen und österreichischen Genossen an unserm Lande in der letzten Zeit charakterisiert, erstens die Wahlen haben wir mit einiger Parteigenossen geistig und haben zwei unserer Stimmengänge hat sich um 6 Proz. erhöht. In der Kolonial-Absolution handelt. Belgien hat den Kongress angetreten, nicht, England und die Vereinigten Staaten, es wollten und auch weil unter sehr verlebter, aber sehr unglücklicher König (Beifall) einigen Staaten haben Belgien unmerklich gemacht auf die Idee nicht gehen. (Hier hört.) Wir haben im letzten Jahre die Wahlen des belgischen Volkes kennen gelernt. Gegenüber den Wahlen 1884 hat die Freiheit des Handels und des Verkehrs den Großteil erl. Er monopolisierte den Handel und verdrängte den Großteil

müßten den Schwarzen ein Vater zu sein. Und was ist es? Er nahm die belgische und marxistische die Sieger des Kongresses an. Weiter verdrängte er Belgien, daß es den Kongress angetreten hat. (Beifall.) Belgien hat sich angetreten. Die Korruptionen im In- und Ausland, welche Belgien auch kennen gelernt. Sie haben gehört, von den 'Belgiens' in Deutschland, Sie haben gehört von den 'Belgiens' in und auch von den 'Belgiens' in den Parlamenten in vielen einzelnen Staaten. Also ist Belgien hineingekommen in den englisch-deutschen Gegensatz, und unsere Neutralität ist dadurch geschädigt worden. Neue Opfer müssen wir bringen für den Sozialismus und vielleicht auch für den Sozialismus. Aber wir werden weiter kämpfen mit aller Unterstützung für den nationalen Frieden, für die Entwicklung unserer Nation, für die Freiheit der Völker, die dort stehen: Trübsal, Kampf, nicht vorzogen, kalten Blutes alles wagen. (Beifall.)

Genossin Schindler-Waldberg:

Im Auftrage des Ausländischen Komitees des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland, Litauen und Polen bringe ich dem Parteivorstand die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche. Wir haben stets mit lebhaftem Interesse alle Schritte der deutschen Arbeiterpartei verfolgt. Ihre Kampfe haben wir uns mit unserer Energie gefolgt. Das jüdische Proletariat hat sich unter der weisen, nationalpolitischen Führung der Schwarzen Hundert unter der offenen Führung der Sozialisten verhalten. Schon kommt es in einigen Gebieten wieder zu Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, und wir sind, ob nicht binnen kurzem das jüdische Proletariat wieder in die Waffen greifen müssen, um sein Leben und seine Freiheit zu verteidigen. Deshalb aber läßt es seinen Mut nicht sinken, es weiß, es kommt die Stunde, wo die Revolution, die sich scheinbar zu Tode getroffen am Boden liegt, sich wie der Aeneas mit neuen Kräften erhebt und dem Partisanen der Gnadensitz versehen wird. Dieser Sieg der Sozialisten Revolution wird der Sieg des Proletariats der ganzen Welt sein. Wenn über Rußland die goldene Morgenröte der sozialen Freiheit aufsteigt, so ist es wiederum die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, zu der wir aufschauen werden, um aus dem Kampfen und ihren Siegen zu lernen. Möge dieser Sieg nicht mehr fern bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Singer:

Ich habe dem Parteitag mitgeteilt, daß und von den dänischen Sozialdemokraten in Kopenhagen, von dem Parteivorstand der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei warme Begrüßungen entgegen genommen sind. Die russischen Genossen danken insbesondere für die Unterstützung, die ihm die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen den Sozialismus hat zuteil werden lassen. Jedes ist wie immer ein Schreiben von unserem alten Genossen Lehmann aus London eingegangen, der leider durch seinen körperlichen Zustand verhindert ist, selbst zu schreiben, es ist aber nicht zu nehmen lassen, durch eines seiner Familienmitglieder dem Parteitag seine Grüße und Wünsche zu übermitteln. Ferner sind Begrüßungen eingegangen aus dem 17. württembergischen Kreis, aus Bremen, aus Breslau usw. Ich danke all den Einsendern dieser freundlichen Begrüßungen.

Der Parteivorstand tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Den allgemeinen Geschäftsbericht erörtert Parteiführer Müller-Berlin:

Sie haben den ausführlichen, gedruckten Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Partei im Allgemeinen vor sich. Ich werde mich daher auf einige statistische Aufweisungen und Ergänzungen beschränken. Der Bericht zeigt, daß die Tätigkeit der Partei eine rege gewesen ist. Am 30. März der Wahlen im Bureau einen Rückgang erfahren hat, das Vorjahr, so liegt das daran, daß wir diesmal ein Jahr lang von nur 11 Monaten hatten, trotz der Krise haben die Organisationsverhältnisse geblieben, wenn auch nicht ein Jahr Zuwachs zu verzeichnen war wie im Vorjahr. Er betrug nur 10,7 Proz. gegen vorher 88 Proz. Nur mit 12 Wahlkreisen haben wir keine Verbindung. Besonders erfreulich ist, daß auch in der Zeit der Krise die Zahl der Wahlkreise zugenommen hat, in der Zahl der Wahlkreise erhöht haben. Es ergeben sich 68 Wahlkreise mit einer Zahl von 10 Pf. wöchentlich resp. 40 Pf. monatlich. Diese Zahl der Wahlkreise ist notwendig, weil die Aufgaben der Organisationen immer mehr wachsen. Vor allem werden es vielen Wahlkreisen immer mehr Anforderungen an Aufgaben für die Organisationsverhältnisse gestellt, als das früher der Fall war. Unsere Gegner, insbesondere der Reichsverband, haben immer, daß die sozialdemokratische Partei Jahresbeiträge von 30,00 Mk., 50 Mk., ja sogar 60 Mk. erhebe. Demgegenüber haben wir seitdem, wie gering eigentlich die Beiträge sind. Das ist ein Organisationsverhältnis anlangt, so sind in 20 Kreisen über 26 Proz. der Wähler organisiert. In der Spitze steht Belgien mit 41,7 Proz. Es folgen Hannover mit 39,5 Proz., Nürnberg mit 37,8 Proz., Erlangen mit 37,8 Proz., Wiesbaden mit 36,9 Proz., Offenbach mit 36,8 Proz., Bremen mit 37,7 Proz., Hamburg mit 34,4 Proz., Altona mit 33,9 Proz., Köln mit 33 Proz., Westfalen mit 32,5 Proz., Dresden mit 30,7 Proz., Düsseldorf mit 30,5 Proz., Weiden mit 29,4 Proz., Braunschweig mit 29,2 Proz., Dresden rechts mit 28,8 Proz., Wiesbaden mit 28,1 Proz., ebenso auch J. L. Delmenhorst mit 27,9 Proz., Friedberg mit 27,8 Proz., Hamburg II mit 27,4 Proz., Friedberg mit 26,9 Proz., Speyer mit 26,8 Proz., Weiden mit 26,1 Proz., Berlin VI mit 26 Proz., Westfalen mit 25,1 Proz. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß hier nur die großen Wahlkreise genannt sind. Selbstverständlich kann in kleinen Wahlkreisen sehr geringer Wählerzahl unter Umständen auch ein hoher Prozentsatz erreicht werden, der aber wenig beweisen würde. Die Zahl der Wähler läßt sich nicht absolut vergleichen mit der Zahl der Organisierten, weil unter diesen auch die unter 20 Jahre alten und die Frauen enthalten sind. Dadurch werden die Organisationsverhältnisse ungünstiger gestellt, in denen bereits früher Frauen organisiert werden konnten. Weiter haben wir statistische Aufweisungen gemacht über die Zahl der Organisierten in den einzelnen Wahlkreisen. Diese Statistik ist von Bedeutung, wenn wir über die Möglichkeit auf Einführung des proportionalen Systems handeln werden. Nach der Statistik haben wir 83 Wahlkreise unter 100 bis 41 Wahlkreise mit 100-200 Mitgliedern, 21 Kreise mit 200 bis 300 Mitgliedern, 27 Kreise mit 300-400 Mitgliedern, 18 Kreise mit 400-500 Mitgliedern, 10 Kreise mit 500-600 Mitgliedern, 9 Kreise mit 600-700 Mitgliedern, 12 Kreise mit 700-800 Mitgliedern, 11 Kreise mit 800-900 Mitgliedern, 6 Kreise mit 900 bis 1000 Mitgliedern, 51 Kreise mit 1000-2000, 26 Kreise mit 2000-3000, 18 Kreise mit 3000-4000, 7 Kreise mit 4000-5000, ebensoviel mit 5000-6000, 8 Kreise mit 6000-7000, 4 Kreise mit 7000-8000, 2 Kreise mit 8000-9000, 3 Kreise mit 9000-10000, 2 Kreise mit 10000-11000, 1 Kreis mit 12000-14000, 1 Kreis mit 14000-15000, 1 Kreis mit 15000-20000, 1 Kreis mit 20000-21000, 1 Kreis mit 21000-22000, 1 Kreis mit 22000 gegen bis 24000 und 1 Kreis mit 25000-26000. Die Statistik gegen das Reichsvereinsgesetz haben wir von obenher mit den Gewerkschaften gemeinsam betrieben. Natürlich mußte die Statistik statistisiert werden, weil unsere Genossen in den verschiedenen Bundesstaaten die Statistiken nicht selbst angefertigt haben. Wir haben daher in diesem Jahre eine Zusammenfassung über ganz Deutschland an einem Tage angefertigt. Es ist auch notwendig, daß nach dieser Richtung hin sich eine Schablone einbürgert. In der nächsten Zeit wird es nun vor allem darauf ankommen, zu kontrollieren, wie das Reichsvereins-

gleich tatsächlich in Deutschland gehandhabt wird. Wir haben ja in dieser Richtung in der kurzen Zeit seines Bestehens schon die allererfolgreichsten Erfahrungen gemacht. Ich erinnere mich an die Versammlungen in Breslau und Magdeburg, wo man die Versammlungen geschlossener politischer Vereine ebenso behandeln sollte, wie Versammlungen, die als öffentliche politische Versammlungen nach dem Vereinsgesetz zu betrachten sind. Es muß den Behörden immer mehr klar gemacht werden, wie nach den Erklärungen im Reichstage und den auf Grund dieser Erklärungen erlassenen Verordnungen das Reichvereinsgesetz aufzufassen ist. Ich erinnere an die bekannte Verordnung der Landräte in Preußen im Auftrage des Ministers des Innern, in der es ausdrücklich heißt: „Es darf deshalb auch, soweit das Gesetz für ein behördliches Einschreiten gegenüber Vereinen, Versammlungen, Klubs, ein solches doch niemals in Kleinlicher und unnötig rügender Weise erfolgen, sondern nur dann eintreten, wenn es zum Schutze eines erheblichen staatlichen Interesses tatsächlich nötig ist und nur in dem zur Erreichung dieses Zweckes gebotenen Umfang. Auch auf Umwegen soll das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht durch die Behörden nicht beeinträchtigt werden.“ Diese öffentliche Erklärung ist auch für Sachsen von dem Minister Deneke erlassen worden. Es wird deshalb Aufgabe der Praktiker im Reichstage und in den Landtagen sein, die behördlichen Organe, die sich um diese Erklärungen nicht kümmern, zur Besserung zu bringen.

Eine andere Frage, die noch nicht abschließend verhandelt werden konnte, ist die Frage der Organisation der Land- und Waldarbeiter. Diese Arbeiter haben bisher der Verband der Fabrik- und Landarbeiter für sich reklamiert. Dagegen steht seit längerer Zeit eine Reaktion ein, weil dieser Verband in den Kreisen, namentlich der chemischen Industrie, noch ein sehr großes Organisationsgebiet hat, so daß es ihm einfach unmöglich ist, auch noch die Organisierung der Landarbeiter vorzunehmen. Wir haben ja auf dem Generalkongress schon von Beginn an betont, daß die Land- und Waldarbeiter eine besondere Organisation der Land- und Waldarbeiter zu gründen, und inzwischen hat auch der Verband der Fabrikarbeiter mit 30 gegen 31 Stimmen beschlossen, daß er in Zukunft auf die Landarbeiter verzichte und daß diese einer besonderen Organisation zugeführt werden sollen. Selbstverständlich wird auch ein besonderes Landarbeiterorgan gegründet werden. Daß diese Organisation vielfach anders zu behandeln ist, als die übrigen Gewerkschaften, ergibt sich schon aus den besonderen gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen die Landarbeiter, insbesondere in Preußen leben. Es ist erfreulich, daß wir uns jetzt ab auch im preussischen Landtage der Landarbeiter ganz besonders werden annehmen können. Wir können uns der Erklärung des Vertreters der General-Kommission Gabbath auf dem Verbandstage der Fabrikarbeiter anschließen, daß die Gründung eines besonderen Landarbeiterverbandes sehr dringlich ist. Es ist das eine Aufgabe, an der Partei und Gewerkschaften ein großes Interesse haben, sie gemeinsam im Interesse der Landarbeiter und im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung zu lösen. In einer ganzen Reihe von Orten sind bereits Verbindungen mit den Landarbeitern angeknüpft. Es werden dort politische Organe schon von Landarbeitern geleitet und das gemeinsame Arbeiten wird sicher die besten Früchte tragen.

Wir haben weiter im Bericht darauf hingewiesen, wie bei den preussischen Landtagswahlen Partei und Gewerkschaften in ungenügender Fühlung gestanden haben und daß wir der Gewerkschaften eine Reihe von Artikeln zur Verfügung stellen, in denen auf die Bedeutung hingewiesen werden sollte, die die preussischen Landtagswahlen, insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung, haben. Es waren sechs Artikel allgemeinen Charakters, und einer, der ganz besonders für die Wäuberer zusammengefaßt war.

Auch in Bezug auf die Parteischule sind wir neuerdings mit den Gewerkschaften in Beziehung getreten. Die Darstellung der Presse über eine Vereinbarung mit der General-Kommission ist nicht ganz richtig, schon weil diese nach ihren Angaben und Äußerungen in solchem Abkommen nicht in der Lage ist. Wir haben der General-Kommission erklärt, daß wir bereit sind, einzelne Dinge auch in Mitglieder der Gewerkschaften zu überweisen. So werden wir auch auf dem am 1. Oktober beginnenden Kursus je einen Vertreter der Gewerkschaften und des Bauernverbandes begrüßen können. Zum nächsten Jahre hat uns der Transportarbeiterverband die Zustimmung von einem oder mehreren Kollegen zugesagt, so daß wir hoffen, daß auch in Bezug auf die Parteischule eine innigere Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft stattfinden wird. Die Parteischulen für die Familien der Parteimitglieder werden nicht mehr von der Zentrale, sondern von den Bezirken getragen werden. Natürlich werden Bezirke mit geringeren Mitteln in der Lage sein, die Parteischulen zu betreiben. Die Parteischule war freilich ein Erfolg. Es ist aber gar nicht daran zu denken, sie etwa einzugehen zu lassen. (Sehr richtig!) Das kritische Material und die Erklärungen genügen in keiner Weise, um irgend eine Forderung einzulegen zu lassen. Es ist eine bessere Auswahl der Schüler empfohlen worden. Aber wie geschieht denn die Auswahl? Zunächst durch die einzelnen Agitationsbezirke, die dort geprüft sind. Dann wird ein Ausschuss des Bezirkskollegiums eingesetzt, der das Material prüft und für die engere Auswahl Vorschläge macht. Dann erfolgt eine erneute Prüfung nach der Richtung, daß die einzelnen Bezirke Deutschlands in der Parteischule Vertretung finden. Wir wollen in keiner Weise etwas gemein haben mit der Art und Weise, wie der Reichsverband seine Agitatoren heranzieht, die ja nicht als ein verfallener, sondern als ein tüchtiger, tüchtiger Agitator ist, nur in das Evangelische überführt. Gewiß wäre für viele, ja für die meisten ein einjähriger Kurs der Parteischule sehr gut. Aber auch in einem ganzen Jahre läßt sich auf das notwendige Wissen nicht verzichten. Worauf es ankommt, ist, dem Schüler die Methode des Denkens und Arbeitens beizubringen, damit er, wenn er in seinen Beruf zurückkehrt oder ein Parteimitglied wird, sich selbst weiterbilden kann. Wir haben in der letzten Zeit infolge einer Enquete gehört, wie die einzelnen Bezirke über die Erfahrungen auf der Parteischule denken. Aber wir haben ja da ein besseres Material zur Verfügung: Wenn der Kursus zu Ende ist, hält der Parteivorstand unter Leitung der Leiter eine gemeinsame Sitzung mit den Schülern ab, in der die Schüler ihre Erfahrungen und Meinungen zu Protokoll geben. Die Aufgabe, etwa nach Abschluß des Kursus eine Stellung für die Schüler in der Partei zu sichern, können wir nicht gewährleisten, schon weil die meisten Stellen in der Partei durch Stellvertreter und Bezirksorganisationen besetzt werden. Aber von den 64 Schülern der letzten Kurse sind heute schon zwei Drittel in Stellen in der Partei oder in Gewerkschaften. An den Kursen nehmen auch eine Reihe von Agitatoren teil, die ihren bürgerlichen Beruf haben, selbständig sind und gar keine Parteistellung wollen.

Nach dem Bericht ist auch das von Offener Parteitag beschlossene Preisbureau eingerichtet worden. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat sich schon seine Notwendigkeit ergeben. Insbesondere hat die kleinere Parteipresse mehrfach ihre Verdrängung über die Hochzeiten vom Preisbureau ausgesprochen. Gewiß ist noch vieles weiter zu machen und nachzudenken, mit Rücksicht auf die Verdrängung der Bekämpfung der großen, mittleren und kleinen Presse. Zur Verbesserung der Beziehungen auf General-Kongressen des Preisbureau müssen noch erst weitere Erfahrungen gemacht werden. Die Stellen sollen ja zum Teil auf die Parteiblätter verpackt werden. Obenwiegend nur es bisher möglich, gewerkschaftliche Bezirke einzuführen.

In der Kontrolle der Parteigeschäfte haben wir einen Schritt vorwärts getan. Mit der Erhebung der Geschäfte im waldreichen Industriegebiet ist Genosse Feinrich beauftragt. Wir beschäftigen, ähnlich auch in anderen Bezirken vorgehen. Ein Teil der Arbeit liegt hinter uns. In den einzelnen Bundesstaaten sollen wir Parteigeschäfte zu besetzen. Der preussische Landtagswahlkampf hat bewiesen, was zu erreichen ist, wenn Kleinarbeit geleistet wird. Im Jahre 1908 sind in Berlin allein mehr Stimmen abgegeben, als im Jahre 1903 in ganz

Preußen. (Ost! hört!) Selbstverständlich ist mit den Wahlen die Wahlrechtsbewegung nicht beendet. Wir werden noch sehr viele Arbeit zu leisten haben. Darüber werden wir natürlich, andere, größere Aufgaben nicht vernachlässigen. Sie können sicher sein, daß auch das neue Jahr ein Jahr sein wird, wo es keine Ruhe gibt.

Ich komme nun zu den Vorschlägen über die Frauenorganisationen. Diese sind zunächst nur als provisorische zu betrachten. Eine endgültige Regelung erfolgt, wenn der Parteitag die Revision des Organisationsstatutes beendet wird, was ja voraussichtlich in den nächsten Jahren geschieht. Ich kann mich in dieser Sache kurz fassen, weil ja die Frauenkonferenz den Vorschlägen ihre Zustimmung erteilt hat. Ich beziehe mich da auf die Vorschläge der Genossin Petkin, die Ihnen durch die Presse bekannt sind. Wir haben bisher schon in einer Reihe von Bundesstaaten die Möglichkeit gehabt, die Frauen der Organisation anzuschließen, und da vorher diese Möglichkeit durch das Gesetz beschränkt war, haben wir verstanden, sie der losen Organisation so gut anzupassen, daß man mit Recht sagen kann, sie haben auf die realistischen Bestimmungen des Gesetzes geachtet und getan, was im Interesse der Sozialdemokratie allgemein und im Interesse der sozialdemokratischen Frauenbewegung im besonderen notwendig war. (Sehr richtig!) Das Reichvereinsgesetz bedeutet ja nur einen unvollständigen Fortschritt nach dieser Richtung hin. Wesentlich ist das Gesetz nur zustande gekommen, weil es den Agrariern nicht mehr paßte, abzüglich der Vorschläge im Hinblick auf die Frauen zu beschließen. Wir schlagen zunächst vor, daß keine Sonderorganisationen der Frauen gegründet werden sollen. Wir halten das für absolut selbstverständlich. Die deutsche Sozialdemokratie steht ja seit langem auf dem Standpunkt, daß vor allem Einheitslichkeit der Bewegung notwendig ist. Frauenbildungsvereine sollen nur dort als Ausnahmen bestehen bleiben können, wo die Genossinnen des Ortes mit den Genossen dies wünschen. Aber die Mitgliedschaft in solchen Frauenbildungsvereinen darf unter keinen Umständen einen Ersatz für die Zugehörigkeit zur Organisation bilden. In erster Linie sind die Frauen verpflichtet, der Parteischule beizutreten. Es liegt kein unbedingtes Bedürfnis vor, alle Frauenbildungsvereine unmöglich zu machen. In einer ganzen Reihe von Orten haben die Frauenbildungsvereine Ausgesprochenes zur Aufklärung der Frauen geleistet und daher ist die Erhaltung dieser Vereine empfehlenswert. Aber dringlich muß daran festgehalten werden, daß die Frauen in diesen Vereinen nur diskutieren, daß sie sich über Probleme der Sozialdemokratie aussprechen, aber unter keinen Umständen feste, für die Organisation bindende Beschlüsse fassen können. Wir schlagen ferner vor, daß die Beiträge für die Frauen niedriger sein können als für die Männer. Man hat hieraus gefolgert, daß dadurch ein Sonderrecht für die Frauen statuiert werden solle. Ich halte diesen Vorwurf für unbedeutend. In erster Linie haben wir dafür zu sorgen, daß Frauen in Massen zur Organisation herangezogen und wir haben ja auch bei Beratung der Beiträge für die Frauen in letzter Zeit in einer ganzen Reihe von Organisationen die Erfahrung gemacht, daß nachträglich die Beiträge niedriger festgesetzt worden sind, als die Frauen es selbst wollten. Zwecklos liegt ein Bedürfnis vor, die Möglichkeit niedriger Beiträge für die Frauen zu schaffen. Es sollen dann — entsprechend ihrer Zahl — die Genossinnen im Vorstand vertreten sein, zum mindesten soll eine Genossin dem Vorstand angehören. Ich halte das für selbstverständlich. Wir wollen doch dadurch einen Ersatz schaffen für die Vertrauensperson. Wir müssen im Vorstand eine Frau haben, die in Fühlung steht mit der Gesamtheit der Frauen und das Notwendige tut, um bei der Organisation der Eigenart der Frauen Rechnung zu tragen. Es ist gesagt worden, daß dieser Vorwurf teilweise unbegründbar sei, weil in einer Reihe von Orten Genossinnen nicht vorhanden sind, die dem Vorstand angegliedert werden könnten. Diese Frage braucht uns nicht zu beschäftigen, wir haben nur den Grundhieb aufzustellen, was zu geschehen habe. Wo keine Frauen sind, oder wo sich keine Frau bereit erklärt, in den Vorstand einzutreten, kann selbstverständlich keine Frau gewählt werden. Absatz 5 unserer Vorschläge enthält den Passus, daß die Frauen die für die Frauen notwendige Organisation zu betreiben haben. Selbstverständlich muß die Gesamtheit der Parteivorstände die Weiter zur Agitation bereit sein. Eine getrennte Agitationsführung ist nicht mehr gestattet. — Gegen Absatz 6, der zunächst Bezug nimmt auf die Frage der Delegation, hat sich Widerspruch erhoben. Ursprünglich hatten die Frauen das Recht, besondere Delegierte zum Parteitag zu wählen. Dieses Recht wurde ihnen auf dem Berliner Parteitag — auf Antrag der Genossin Rander — wieder genommen. Aber auf Grund späterer Erfahrungen wurde die Bestimmung auf dem Frankfurter Parteitag wieder eingeführt, und auch bei der Beratung des Organisationsstatutes in Jena und Mannheim hat man die Sonderbestimmung stehen lassen. Die ganzen Vorschläge sind als Provisorium zu betrachten, es wird sich ja zeigen, inwiefern bei der Reuegelung des Organisationsstatutes eine Veränderung Platz zu greifen hat. Wenn durch das Proportionalwahlgesetz die Vertretung überhaupt anders geregelt wird, wird es natürlich nicht mehr notwendig sein, besondere Rechte für die Frauen zu statuieren. Sollte die Praxis etwas ergeben, was wir nicht wünschen können, nämlich, daß die Frauen in Bezug auf die Delegation nicht zu ihrem Rechte kommen, dann wären wir immer noch in der Lage, besondere politische Frauenbestimmungen einzuführen. (Sehr richtig!) die es den Frauen ermöglichen, unter allen Umständen auf dem Parteitag vertreten zu sein. Bisher 6 bestimmt, daß das Zentral-Bureau der Frauen bestehen bleiben soll. Auch das empfehlen wir aus Zweckmäßigkeitsgründen. Das Bureau hat bereits Fühlung mit den meisten Bezirksstellen, und es liegt keine Veranlassung vor, daß sich der Parteivorstand der Partei in seinen Sitzungen mit allen Einzelheiten der Frauenorganisation befaßt. Wichtige Angelegenheiten muß er natürlich in seiner Gesamtheit erledigen. Es ist schon deshalb selbstverständlich, weil ja auch in der Parteischule die Bewilligung der Mittel durch den Parteivorstand zu erfolgen hat. Die Bestimmung, daß eine Vertreterin der Genossinnen im Zentralbureau dem Vorstand angegliedert werden soll, ist mißverständlich worden. Das ist so auszulegen, daß aus dem Bureau eine Frau zu den Sitzungen des Vorstandes delegiert wird. Die Frauenkonferenz hat beschlossen, daß zwei Genossinnen in den Parteivorstand aufgenommen werden, die in Zukunft die Frauenorganisation für Deutschland zu betreiben haben. Wir wünschen auch, daß die Genossinnen genau so wie alle übrigen Mitglieder des Parteivorstandes vom Parteitag gewählt werden. So als Parteitag ist es, sich zu entscheiden, wen er wählen will. Er ist souverän, aber die Wahlen sollen nicht auf Grund eines indirekten Wahlmodus erfolgen. Keine Bestimmungen über die Frauenkonferenz über die Frage des Weiterbestehens der Frauenkonferenzen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Frauenkonferenzen auch in Zukunft abgehalten werden. Das ist durchaus berechtigt. Es geht nicht an, daß der Parteitag der Gesamtpartei sich mit diesen speziellen Fragen beschäftigt, denn sonst würde es dahin kommen, daß wir länger als eine Woche tagen oder den Parteitag mit den geschäftlichen Angelegenheiten belasten müßten und das liegt gewiß nicht im Interesse der Partei. Mit Rücksicht darauf, daß die Frauenkonferenz ihr Einverständnis erklärt hat und daß es sich nur um ein Provisorium handelt, bitten wir, unserem Vorschlag zuzustimmen, bis eine endgültige Regelung erfolgt.

Nun zur Frage der Jugendorganisation. Ein Antrag wünscht freilich, daß wir aus tatsächlichen Gründen diese Frage nicht behandeln. Ich glaube aber, daß es nicht angeht, sich von einer Behandlung der Frage abzuhängen, wenn ich es auch für unbedingt erforderlich halte, sie einer Kommission zu überweisen, die dem Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat. Allerdings erscheint es mir nicht möglich, auf alle Fragen einzugehen, die in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Frage der Jugendorganisation in der Parteipresse erörtert worden sind. Sie wissen alle, daß unsere Jugendorganisationen in Deutschland keine Gründung der Partei oder der Gewerkschaften sind. In dem Bericht, der feinerzeit der ersten Jugendkonferenz der

jungen Garde aufgestellt worden ist, ist ja auch ausgesprochen, daß man erwartet hätte, daß der Parteitag in Bremen der Frage der Gründung von Jugendorganisationen näher treten würde, was es aber nicht getan hat, und kurz nach dem Bremer Parteitag sind Jugendorganisationen gegründet worden aus der Jugend heraus, unter Anteilnahme einer Reihe erwachsener Genossen, die sich dafür interessiert, aber nicht im Auftrage der zuständigen Instanzen handelten. Im September 1904 ist die „Junge Garde“ gegründet worden. In Offenbach ist schon ein Jahr früher die Gründung eines Jugendvereins erfolgt und bald darauf wurde auch in Berlin eine Jugendorganisation gegründet. Aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ergab es sich, daß diese Organisationen in Norddeutschland unpolitisch, in Süddeutschland politisch waren. Der Parteivorstand hat demgegenüber eine abwartende Stellung eingenommen. Es ist zwar behauptet worden, daß die Art und Weise, wie die Frage von diesen Genossen behandelt worden ist, in Widerspruch steht mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse von Paris und Stuttgart. Das ist nicht der Fall, auch im Auslande haben wir lose Jugendorganisationen, und es ist noch niemandem eingefallen zu behaupten, daß diese im Widerspruch zu den Beschlüssen der internationalen Kongresse stehen. Auch der Offener Parteitag hat ja einen Beschluß gefaßt, der sich speziell mit der Frage der Jugendorganisation befaßt und der zunächst die internationale Vertretung der Schaffung von Jugendorganisationen verlangt. Wir haben keine Veranlassung genommen, diesen Beschluß sofort auszuführen, wir hätten es nicht veranlaßt können, in einem Moment, wo das Reichvereinsgesetz bereits in der Schwebeliege war, wo die Reaktion bereit war, jede Jugendorganisation unmöglich zu machen, eine intensive Agitation zur Schaffung von Jugendorganisationen einzuleiten. Wir waren nicht in der Lage, öffentliche Agitatoren hinauszuschicken, um Jugendorganisationen zu gründen, denn dann wäre auch der dümmste Staatsanwalt im Lande gewesen, zu konstruieren, daß es sich um politische Organisationen handelt. Wir haben nicht erwartet, daß ein tatsächliches unglückliches Vorgehen von Parteitag angenommen wird. (Sehr richtig!) Auch über die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und General-Kommission sind Unzufriedenheiten verbreitet. Von einem Geheimtätigkeit kann gar keine Rede sein. Der Parteivorstand ist zu der Sitzung der Zentralvorstände eingeladen worden. Er hatte auch ein Mitglied dahin delegiert. Wir waren vollkommen informiert über das, was dort vorging. Andererseits kann man es auch den Gewerkschaften überlassen, über alles, was in den Konferenzen der Zentralvorstände beraten wird, der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. (Sehr richtig!) Ich habe schon auf der Darmstädter Konferenz der „Jungen Garde“ erklärt, daß wir im Prinzip mit der Gründung einverstanden waren, aber ich stelle ausdrücklich fest, daß eine Liebererklärung tatsächlich erfolgt ist, nachdem das Reichvereinsgesetz angenommen war, wenn wir auch im Prinzip einig waren, so haben wir uns doch nicht am 24. April 1908 auf gemeinsame Grundzüge geeinigt. Wir hatten aus tatsächlichen Gründen vereinbart, daß — wenn das Reichvereinsgesetz noch nicht erlieget wäre — auch der Gewerkschaftskongress den Umständen nach die Zustimmung geben sollte. Auch aus der Veranlassung unserer Stellungnahme kann kein Vorwurf gemacht werden. Am 24. April erfolgte die Zustimmung und bereits acht Tage später auf der außerordentlichen Generalversammlung der „Jungen Garde“ in Darmstadt gab Robert Schmidt — im Auftrage der General-Kommission und nicht im Auftrage des Parteivorstandes — Erklärung ab. Wir haben damals bereits gar keinen Zweifel über die Stellung des Parteivorstandes gefaßt. Wenn uns von der „Republik“ Vorwürfe gemacht sind, so ist das nur dadurch zu erklären, daß die Redaktion selbst ungenügend groben Blätter so schwach besteht, daß es einmal in der Hitze passieren kann. Sie wissen ja, daß selbst die „Republik“ Vorwürfe im vorigen Jahre monatlang einen akademisch gebildeten Redakteur zur Erweiterung ihres Redaktionsstabes gesandt hat, doch nicht etwa, damit Lenk einen satisfaktionsfähigen Kollegen hat? (Große Heiterkeit.)

In Bezug auf unsere Haltung gegenüber den Jugendorganisationen kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Parteivorstand und General-Kommission haben alles getan, was getan werden konnte. Nachdem durch das Reichvereinsgesetz ein neuer Rechtszustand geschaffen war, mußte natürlich die vorhandene Jugendorganisation dazu Stellung nehmen. Daraus, daß die norddeutsche Organisation unpolitisch war, ergab sich, daß sie keine Veranlassung hatte, irgendwelche Forderungen einzulegen zu lassen. (Sehr richtig!)

Die süddeutschen Jugendorganisationen dagegen waren ausgesprochen politische Organisationen. Sie unmöglich zu machen, war ja der Zweck der neuen Bestimmungen des Reichvereinsgesetzes, und es war dann selbstverständlich, daß ich auf der Darmstädter Konferenz erklärte, daß politische Jugendvereine unmöglich sind, und daß wir deshalb auf anderem Wege versuchen müßten, die Jugend in sozialistischem Geiste zu erziehen und sie über das Wesen des Sozialismus aufzuklären. (Sehr richtig!) Der Vorwurf, daß die „Junge Garde“ vor der Reaktion zurückgewichen ist, trifft nicht zu. Sie hat die richtigen Konsequenzen aus dem Reichvereinsgesetz gezogen, als sie sich auflöste. Sie hat sich damit dem bestehenden Rechtszustand angepaßt. (Sehr richtig!) Es ist gesagt worden, die „Junge Garde“ hätte nicht ohne Kampf ihre Position aufgeben dürfen. (Sehr wahr!) Mit Recht ist bereits erwidert worden, daß es mit unserem Verantwortlichkeitsgefühl sehr schlecht bestellt sein müßte, wenn wir die „Junge Garde“ in einen Kampf mit der Polizei und den Gerichten hineingeworfen hätten. (Sehr gut!) Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß die Rechtsverhältnisse unter dem neuen Vereinsgesetz viel schärfer liegen als früher. Nicht nur der Vorstand, der Jugendliche aufnimmt, wird in Zukunft bestraft, sondern es kann auch jeder Jugendliche unter 18 Jahren, der dem Verein angehört, bestraft werden. Dazu kommt, daß in einer ganzen Reihe von Städten, besonders in Berlin, fortwährend Versuche gemacht werden, unsere Organisationen zu beschließen. Sie können sich also denken, wie es den Jugendlichen gehen würde, und schon deshalb mußten wir uns darüber klar sein, daß Politik in solchen Vereinen nicht getrieben werden darf. Unsere Resolution, die sachlich mit der des Gewerkschaftskongresses übereinstimmt, ist mißverständlich worden. Es ist so hingestellt, als ob der Parteivorstand geneigt sei, die gewerkschaftlichen Hochabteilungen als Ersatz für die frühere selbständige Jugendorganisation anzusehen. Davon kann gar keine Rede sein. Die gewerkschaftlichen Hochabteilungen müssen hier ganz ausbleiben, sie haben ganz andere Aufgaben. Wir haben ja auch nur bei ganz wenigen Gewerkschaften Hochabteilungen, nur da, wo die besonderen Verhältnisse sie bedingen. Die meisten Gewerkschaften denken gar nicht an die Gründung von Hochabteilungen, sie sind auch nicht dazu verpflichtet. Unserer Meinung nach darf die Jugend nicht beruflich getrennt sein, sondern im Interesse der Entwicklung des Klassenbewußtseins muß die Jugend aller Berufe in einem Orte gemeinsam ihre Bildungsbestrebungen fördern. Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß die Jugendorganisationen irgendwie mit dem politischen Tageskämpfe in Verbindung kommen. Wir beschäftigen die Jugendlichen zu fördern und die Lücken in ihrer Schulbildung auszufüllen. Wir haben z. B. das wieder auszuführen, was den Jugendlichen im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung zu unterweisen; wir haben ihnen in Bezug auf das religiöse Programm näherzutreten, weil ja gerade auf diesem Gebiete unendlich viel gefördert wird. Ich erinnere da nur an den Satz: „Nesum Christum lieb haben ist mehr wert als alles Wissen.“ Wir haben ferner die naturwissenschaftlichen und das Bereich der Betrachtungen zu geben, wir haben die Jugend über Verfassungssachen und volkswirtschaftliche Fragen aufzuklären.

Daneben darf die körperliche Pflege der Jugend nicht vernachlässigt werden. Am meisten erörtert wurde in den großen Diskussionen der letzten Zeit die Frage der besonderen Jugend-

Organisations. Auch zum Absatz 5.) Man folgerte aus diesem...

Als ich das gelesen hatte, habe ich mir gesagt: Heiliger...

Die Hamburger Genossen haben, während die Parteigenossen...

Vor haben jetzt bereits auf beide bestehenden Jugendorgane...

*) Abs. 6 Der vom Parteivorstand und der Kontrollkommission...

schaffen. Es darf nicht so kommen, daß, wenn der Parteitag über...

Zur Berichterstattung über die Einigungsverhandlungen...

ParteiSekretär Ober-Berlin:

Wir haben Ihnen über diese Einigungsverhandlungen im...

Ich glaube, diese Probe genügt, um Ihnen zu zeigen, wie man...

schlechte zu beurteilen sei. Der Parteitag hat dem zugestimmt...

Auch mit diesem Verbands sind seit Eifen Einigungsverhandlungen...

Genosse Singer: Das Wort zur Berichterstattung über den Punkt...

„Bildungsausschuß“

hat Genosse Schulz: Berlin:

Schulz: Es ist hier mehrfach auf den Vereinigung der Arbeitervereine...

*) 6. Parteivorstand und Kontrollkommission:

Der Parteitag begrüßt den in Folge der Einigungsverhandlungen...

erklärt der Parteitag:

7. Dortmund: Mitglied in der Partei kann nicht sein...

(Fortsetzung in der Beilage.)

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Der Nürnberger Parteitag.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Schluß (fortfahrend):

Stur ein kurzes Wort über die Stellung der Parteischule im Rahmen der ganzen Bildungsarbeit. Sie hat die Aufgabe, einen kleinen Kreis, circa 30, geeigneter, also intellektuell befähigter und charaktervoller Genossen ein halbes Jahr lang systematisch zu unterweisen vornehmlich in der Theorie der Volkswirtschaft, im wissenschaftlichen Sozialismus, in der sozialen Entwicklung, in der Geschichte, jedenfalls auch in praktischen Problemen, vornehmlich aber in der Theorie, denn wir sind der Meinung, daß der einzelne in seiner verantwortlichen Parteistellung um so rascher, zuverlässiger und richtiger seine Entscheidung in jedem aktuellen politischen oder wirtschaftlichen Einzelfall treffen kann, je tiefer und je gefestigter seine theoretische Einsicht ist, und daß auch der einzelne, was von jedem Parteischüler nach bestem Wissen und Gewissen verlangt wird, um so besser aufklären und belehren kann, je klarer er selbst über die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge und die daraus erwachsende sozialistische Theorie unterrichtet ist. (Sehr richtig!)

In diesem Jahre kann der Bildungsausschuß zum ersten Male über seine praktische Tätigkeit berichten. Die Durchführung der Beschlüsse des Nürnberger Parteitag hat er noch nicht vornehmen können. Es ist notwendig, daß der Parteitag die Anschauungen in dieser Frage klärt und die Stellung der Parteischulen festlegt. Im nächsten Jahre muß das endlich geschehen. Nebenbei sind wir in der praktischen Bildungsarbeit nicht einig gewesen. Das wichtigste Stück waren die Wanderkurse. 1933 Teilnehmer sind im letzten Jahre durch die gegangenen, ein deutlicher Beweis für den Bildungssektor. In diesem Winter wird vornehmlich die Anstellung weiterer Wanderredner notwendig sein. Es sollen besondere Wanderredner für Geschichte und Naturwissenschaften gewonnen werden. Auch für das nächste Wintersemester soll ein erheblich erweitertes Verzeichnis von empfehlenswerten Lektüren herausgegeben werden mit einem Anhang der besondere Schriften für die arbeitende Jugend von 14-18 Jahren. Lebensjahre aufsteht und selbstverständlich auch die parteigenössigen Schriften berücksichtigt. Der Bildungsausschuß bittet die Parteigenossen, in ihrer Heimat zu Weihnachtstagen die Beschlüsse auszuführen — besonders unter Berücksichtigung auch der bildenden Künste — zu veranstalten, namentlich künstlerischen Sonderveranstaltungen, die dazu beitragen kann, das proletarische Leben einmündiger und angenehmer zu gestalten. Einige Wochen vor Weihnachten wird der Bildungsausschuß — gemeinsam mit dem Parteivorstand — an die Redaktionen und Verlage der Parteipresse den Wunsch richten, bei ihnen Empfehlungen offener Bücher auszusprechen, was ja eigentlich selbstverständlich wäre. Das neue Verzeichnis mit seinen 300 Nummern dürfte allen Ansprüchen genügen. In der Bibliotheksfrage haben wir die Wahrheit des Sachverhalts erfahren: Leicht beizubringen mögen die Genossen, doch hat im Räume keinen sich die Sachen. Die Schaffung der Musterbibliothek war eine viel schwierigere Aufgabe, als wir vorausgesetzt hatten. Sie soll das Bibliothekswesen der proletarischen Arbeitervereine, besonders der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen fördern. Wir wollen an die Regelung des Bibliothekswesens herantreten. In zwei Punkten mußte der Bildungsausschuß zu einem negativen Ergebnis kommen: in der Durchführung eines Referentenberichts für wissenschaftliche Bibliothek und der Errichtung einer Klassenbibliothek. Geplant ist die Durchführung eines Flugblattes gegen Sachverständigen, das sich in Arbeitkreise einzunisten versucht. Der Schaffung von populär gehaltenen Broschüren elementar einführender Charakter ist bisher noch nicht näher getreten worden. Die Schaffung einer Zeitschrift, wie die „Schwarze Jugend“ angesetzt hat, ist ein schwerer Gedanke, aber schwer durchführbar. Er wird im Auge behalten werden. Die „Vergiftete Arbeiterstimme“ wünscht eine präzisere Fragestellung bei Kontroversen in der Partei. Das wird der Bildungsausschuß demnächst abschließen. Die „Arbeiter Jugendzeitung“ wünscht eine Verständigung der Wanderredner über ihre Aufgabe. Derartige Konferenzen sind schon im Auge gefaßt. Was die kritischen Meinungsäußerungen anlangt, so glaubt Faerer aus Hamburg, ein Genosse von der alten Garde, der Bildungsausschuß sei überflüssig. Auch ohne ihn hätten sich die nötigen Kräfte herausgefunden. Das letztere ist richtig. Aber neue Verhältnisse brauchen neue Maßnahmen. So die Kämpfe mit dem Würzburger Gau und dem Bildungsausschuß, wie er sich in Berlin gebildet habe, sei wenig fruchtbringend für die einzelnen Parteigenossen, es komme zu Bodenständigkeit an. Diese Ansicht trifft den bestehenden Bildungsausschuß gar nicht. Zunächst hat sich in Berlin gar kein Bildungsausschuß gebildet, sondern der Parteivorstand hat einen zentralen Bildungsausschuß der Partei Deutschlands eingesetzt. So kann es nicht ein Bildungsausschuß von oben herab, wie Süßelmann meint, sondern im Gegenteile von unten herab, und der jetzt existierende Bildungsausschuß kann gar nicht bodenständig sein, weil es sich nicht um preußische oder bayerische Bildungsfragen handelt, sondern um die gemeinsame proletarische Grundlage des Klassenkampfes. Die Wanderbibliotheken, die Süßelmann dankenswert ins Leben gerufen hat, sind auch nicht bodenständig. Im übrigen leben neben dem zentralen Bildungsausschuß Bezirksausschüsse errichtet werden. Die kann nach lokalen und lebensfähigen Umständen verwirklicht werden können. Der Artikel „Arbeiterbildung“ in der Begründungsnummer der „Arbeiter Jugendzeitung“ beweist, wie notwendig die Förderung und endgültige Festlegung der Parteigenossen Aufgabe über Volkserziehung ist, damit solche geradezu großen Verzichtungen in Zukunft nicht mehr möglich sind, wenigstens nicht als legaldemokratische Auffassung ins Land getragen werden können. (Sehr gut!) Behauptungen, die in den Einzelheiten den Grund machen, als wären sie nur aufgestellt, um zu beweisen, daß man auch entgegengelegte Anschauungen als die bisher in der Partei üblichen mit einem Schein logischer Berechtigung beileben kann. (Sehr gut!) Was richtig an dem Artikel ist, das ist alle Parteigenossen; daß wir nicht Arbeiterbildung zu treiben können, sondern nur solche Bildung, die den Arbeiter zur Entfaltung über politische und ökonomische Fragen befähigt. Wir wollen auch nach dem Artikel zugeben, daß eine indifferente Klasse, die nicht gefaßt und zur selbständigen Entscheidung und Verantwortlichkeit erregt ist, leicht von gewissenlosen Demagogen instrumentalisiert werden kann. Aber wie erreichen wir diese verantwortliche Schulung der Massen? In diesem Punkte unterscheiden sich nicht grundsätzlich von dem Artikel Faerer. Er spricht es mit dankenswerter Offenheit aus: was Theorie, was Werttheorie, was materialistische Geschichtsauffassung, die Massen brauchen das nicht zu wissen, nur der Lehrer der Massen. Ist Frage zunächst: warum der Lehrer? Wenn er es nicht zu lehren braucht? Wieleicht um ihn das nötige Bewußtsein zu verschaffen, daß er mehr weiß als die dumme Masse, daß er über der Masse steht? Und dann: wie ist denn beim Massenbewußten proletarischer Lehrer, und wer ist Masse? Der Schüler von heute ist Lehrer von morgen, und mancher Lehrer ist besser, zum Schüler herabzusteigen, und von ihm zu lernen. (Sehr gut!) In der Parteischule haben Lehrer mehr als einmal gesagt, daß sie selbst aus dem Verkehr mit den Schülern, aus dem proletarischen Empfinden, Denken und unmittelbarem Anschauen der Dinge sehr viel lernen, auch für die Theorie. Und weil ich keine Klasse von Lehrern beim proletarischen erkennen, darum auch nicht den etwas negierenden Begriff Masse, für die die Theorie an sich keinen Wert hat, sondern der sie höchstens schaden kann, die nur ein so geistig minderwertiges Leben in der Tiefe unterhalb der Lehrer führen. Wo fängt denn die Masse an? Kennt man

unter Masse das, was wir indifferente Mittläufer nennen? Für die wäre freilich die methodische Unterweisung in dem theoretischen Sozialismus noch verträglich oder doch schwer möglich. Sie stellt sich auch gar nicht dazu. Für die sind die Wanderkurse u.ä. auch gar nicht bestimmt. Meint man aber unter Masse die Scharen der hunderttausende organisierter Arbeiter, die durch die Wanderkurse u.ä. erfahrenen Funktionäre und bildungsbegeisterten Genossen, dann zeugt es von einer im Klassenkampf und unter Partei- und Kampfgewissen ganz unangebrachten Irrgang, wenn der Lehrer hochmütig den besten Teil seines Wissens für sich behält und sagt: für Euch sind einige, von mir ad hoc zurecht gemachte Anwendungen der Theorie gut genug, das Geheimnis aber, wie man diese Anwendungen selbst machen kann, behalte ich für mich, das schadet Euch höchstens. Auf die Anwendung kommt es gerade an.

Es ist bisher sozialistische Anschauung gewesen und wird es hoffentlich auch bleiben, daß die Beherrschung der Theorie des Sozialismus auch im einzelnen die Fähigkeit entwickelt, in den tausend Fällen der Praxis den richtigen Weg zu finden. Die sozialistische Theorie ist gerade ein Kompaß auf dem weiten, uralten Meer der praktischen Tätigkeit. Wer über sie im Klaren ist, wird nie den richtigen Weg verlieren. Wer dagegen die Theorie hochmütig mißachtet, dem stellt die Richtschnur, der kommt in Gefahr, von Fall zu Fall nach opportunistischen Erwägungen zu handeln, und wer da sagt: Ich will ja theoretische Klarheit, aber nur für die Lehrer und Führer, der ist noch nicht frei von der alten bürgerlichen Auffassung, daß die Masse geleitet und gehoben werden muß. Von dieser Auffassung hat sich die deutsche Arbeiterklasse vor 40 Jahren hier in Nürnberg frei gemacht, sie hat sich selbst für mündig erklärt, für sich ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie hat damals ihren bürgerlichen Lehrern den Laufpaß gegeben, und immer aus der Masse waren es, die entgegen den Mahnungen ihrer bisherigen Lehrer mit folger Entscheidung und proletarischer Intelligenz die deutsche Arbeiterklasse auf die eigenen Füße gestellt haben, und auf diesen eigenen Füßen ist sie selbst dem Vorwärts geschritten von Erfolg zu Erfolg. Die proletarische Klasse wird sich nicht wieder an das Gängelband nehmen lassen, und das verhindert sie allein dadurch, daß sie die Kenntnis und Pflege der Theorie nicht ein Monopol der Führer sein oder werden läßt, daß sie — wie bisher — eine möglichst enge Verbindung von Theorie und Praxis pflegt, daß sie dem Theoretiker nicht die Teilnahme an der praktischen Arbeit erspart, und daß sie dem schlichten Arbeiter nach Möglichkeit einen Einblick in die bestreite Materie unserer sozialistischen Theorie ermöglicht. Nach dieser Richtung ist der Bildungsausschuß tätig. Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß dieser Parteitag diese Grundzüge der Sozialdemokratie auch in bezug auf die Bildungsfrage neu befestigen wird und damit der weiteren Tätigkeit des Bildungsausschusses eine klare Richtschnur gibt. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Vormittagssitzung 1 Uhr.

Nachmittags.

Singer eröffnet die Nachmittagsitzung um 3 Uhr nachmittags mit der Mitteilung, daß ein Begründungsschreiben von der Freien Jugendorganisation aus Altona eingegangen sei. Der Antrag 7 (Dortmund) wird von Dortmund zurückgezogen, mit Rücksicht auf die Erklärung des Berichterstatters, daß seine Annahme die Verhandlungen mit den Zentralorganisationen in Solingen erschweren könnte. Hierauf wird zunächst der Bericht über

Kasse und Presse

Parteiführer Bericht: Nachdem es im letzten Jahre fast ausgefallen hat, als ob wir mit unseren Parteiführern dauernd auf dem Stande der Reichsorganisationen bleiben sollten, ist in diesem Jahre eine Besserung infolgedessen eingetreten, als wir wenigstens nicht mit einem Defizit vor den Parteitag zu treten brauchen. Weil der ist es mit den erzielten Hebergebnissen ja gerade auch nicht. Das war überhaupt mit einem Hebergebnis abzuschließen konnten, danken wir in erster Linie unseren Parteigenossen in Hannover, in Jüdisch und Ostburg, die in anerkannter Weise die Parteilasse, die sie erhalten hatten, möglichst schnell wieder zurückgaben. Im übrigen wurde es mit unserem Hebergebnis wesentlich besser gestellt sein, wenn unsere lieben Parteigenossen bei der Berechnung der an die Zentralstelle abzuliefernden prozentualen Beiträge nicht immer von einer bedenklichen Schwäche befallen würden, unter deren Einfluß sie sich angedenken der Parteilasse und zumunsten der Zentralstelle verrechneten. (Weiterheit.) Werkschuldigerweise setzt sich diese Abrechnung im Osten und Westen, im Norden und Süden, bei den Ältesten wie bei den jüngsten Parteigenossen im gleichen Maße. Die Organisation des Wahlkreises, in dem wir togen, hat sich zum Beispiel um 3000 Mark zumunsten der Parteilasse verrechnet. Sie meinte jedenfalls, daß fast 20 Prozent, die sie nach dem Statut abzuliefern verpflichtet war, 12 Prozent genügen. Die genaue Feststellung der Summe, um welche die Parteilasse in dieser Weise zu kurz gekommen ist, läßt sich in diesem Jahre noch nicht machen, weil das Geschäftsjahr der Parteilasse mit der Abrechnungsjahr der lokalen Organisationen um einen Monat differenziert. Die Parteigenossen Preussens ohne Groß-Berlin haben rund 20 000 Mark zu wenig abgeliefert, die Genossen des Rheinlands Bayern 6000 Mark. Die Genossen des Königreichs Sachsen haben über den Pflichtteil hinaus 5000 mehr an die Parteilasse abgeliefert, Württemberg beziehlich 600 Mark. Bezüglich der bayerischen Organisationen ist leider eine Kontrolle nicht möglich, weil diese Organisationen sich dem Berliner Parteivorstand gegenüber ein Schweigegebot auferlegt hatten. (Weiterheit.) Die betreffenden Parteigenossen meinen nachsichtlich, der Berliner Parteivorstand könne lange warten, ehe es ihnen gefällt, sich in den Kopf gucken zu lassen. (Weiterheit.) Das Großberliner Ostteil hat bis auf eine Differenz von 8 Mark sein Pflichtteil eingeleistet. Von den Kleinrenten haben Sachsen-Weimar, Meiningen und Reuß a. L. zusammen 878 Mark über den Pflichtteil abgeliefert. Die übrigen Kleinrenten haben zusammen 5000 Mark zu wenig abgeliefert. Bremen hat bis auf eine kleine Differenz ebenfalls den Pflichtteil eingeleistet. Für Lübeck ist eine Kontrolle nicht möglich, weil die dortigen Genossen Anhänger des Schweigegebotes sind. Insgesamt sind mindestens 35 000 Mark zu wenig an die Parteilasse eingeleistet worden. In die Höhe aller Leistungen haben sich diesmal unsere Hamburger Genossen gestellt, indem sie das Dreiecksteilende des Pflichtteils abgeliefert haben. Sie haben damit sogar noch die Genossen von Groß-Berlin geschlagen, die nur das Dreiecksteilende des Pflichtteils abgeliefert vermochten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß unsere Genossen von Groß-Berlin ganz gewaltige Aufwendungen für die Provinz Brandenburg gemacht haben und daß der Landtagskampf des letzten Jahres immense Summen verschlungen hat. Die Genossen der übrigen Organisationen sollten sich jedenfalls Berlin und Hamburg auf diesem Gebiete, so weit es in ihren Kräften liegt, zum Muster nehmen, und sich vor allem bei der Abrechnung größerer Korrekturen befleißigen, damit in Zukunft nicht wieder ein solcher Tadel ausgesprochen werden muß.

Stand der Parteipresse

zu machen habe, sind leider nicht entfernt so günstig, wie die Angaben, die dem vorigen Parteitag unterbreitet worden konnten. Bei der schweren wirtschaftlichen Krise, unter der die Arbeiterklasse Deutschlands leidet, dürfte es eigentlich nicht überaus, wenn die Ergebnisse noch viel ungünstiger gewesen wären. Im vorigen Jahre konnten wir den ungewöhnlich hohen Gewinn von 211 917

neuen Abonnenten der Parteipresse konstatieren. Im angelaufenen Jahre hat die Parteipresse in den Verbreitungsbezirken, in denen die Krise noch verhältnismäßig mildere einsetzte, ebenfalls noch eine Zunahme zu verzeichnen gehabt von insgesamt 45 000 neuen Abonnenten. Dafür haben aber leider eine ganze Reihe anderer Blätter große Verluste an Abonnenten zu verzeichnen gehabt, so daß insgesamt nur ein Gewinn von 11 582 neuen Abonnenten geblieben ist. Ohne die „Neue Zeit“ und die „Gleichheit“ hat die Parteipresse gegenwärtig 1 031 289 Abonnenten, gegenüber 1 049 907 Abonnenten im Vorjahre. Wir haben also das Ertrugene nicht nur schaffgehalten, sondern noch eine bescheidene Zunahme erzielt. Wenn Tausende von Arbeitern im Berichtsjahre ihr Organ mit schmerzlichen Herzen abbestellt haben, so lag das eben an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Wenn das leibliche Brot nicht mehr beschafft werden kann, wenn der Hunger der Kinder nicht gestillt werden kann, muß eben der Proletarier vorübergehend auf die gewohnte geistige Kost verzichten. Verhältnismäßig günstig sind die Einnahmen der Parteipresse gewesen. Während im Vorjahre bei einem Zuwachs von über 200 000 Abonnenten und einer Gesamteinnahme von 6 462 370 M. aus Abonnentengebühren gegen das vorangegangene Jahr eine Mehrerinnahme von rund 1 128 810 Mark konstatiert werden konnte, zeigt das abgelaufene Jahr bei einem Zugange von nur 11 582 neuen Abonnenten eine Einnahme aus Abonnentengebühren in Höhe von 6 782 360 M. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 320 000 M. Dieses ganz ungewöhnlich günstige Ergebnis läßt sich nur so erklären, daß ein hoher Prozentsatz der im Vorjahre gewonnenen neuen Abonnenten nicht bereits ein ganzes Jahr zahlende Abonnenten gewesen sind, sondern erst am Ende des Berichtsjahres neu gewonnen wurden. Gleich günstig sind die Einnahmen aus Inseraten. Im Vorjahre betrug bei einer Gesamteinnahme von 3 460 539 M. aus Inseraten die Zunahme gegen das Vorjahr 695 463 M. Im angelaufenen Jahre betrug die Gesamteinnahme aus Inseraten 4 205 222 M. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 735 783 M. Die meisten der Parteigenossen sind glücklicherweise geschäftlich soweit überglücklich, daß sie einen Stolz aufhalten können, und den schwächeren, nach in der Entwicklung begriffenen muß eben mit den Mitteln der Gesamtpartei über die kritische Periode hinweggeholfen werden. Die Parteipresse ist unsere wichtigste Waffe im Kampf gegen den Kapitalismus, für ihre Erhaltung darf und sein Opfer zu groß sein, dann wird sicher der schließliche Erfolg, das bedingt und die bisherige Entwicklung, nicht ausbleiben. (Beifall.)

Bericht der Kontrollkommission

erhalten haben. Dresden: Die Kontrollkommission hat auch im vorliegenden Jahre die ihr zustehenden Arbeiten nach bestem Können erledigt. Sie hat die Prüfung der Geschäfte in Berlin und Stuttgart vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden, so daß ich namens der Kontrollkommission den Parteitag bitte, dem Parteivorstand Bescheid zu erteilen. Die uns überwiesenen Beschwerden haben wir einer eingehenden Behandlung unterzogen, um nach bestem Ermessen entscheiden zu können. Die Kontrollkommission mußte sich auch mit Beschwerden befassen, die nicht in ihr Ressort fielen, die sie aber, um sie zur Erledigung zu bringen, dem Parteivorstand zur Entscheidung überließ.

So beschwerte sich Friedrich Dohmann aus Riedel bei Weiskopf, weil er in den sozialdemokratischen Volksverein in Weiskopf nicht als Mitglied aufgenommen wurde, obgleich er innerlich schon lange zur Partei gehöre. Er glaubt, die Nichtaufnahme sei erfolgt, wegen seines Austritts aus dem Metallarbeiterverbande. Wir übermieten diese Beschwerde dem Vorstand zur weiteren Behandlung. — In Pagen hatte ein Schiedsgericht den Genossen Krenn wegen Verletzung an einem Werkstätten-Haus eine Wunde erteilt. Hiergegen wandte sich Krenn. Die Kontrollkommission mußte diese Beschwerde zurückweisen, weil das in Frage kommende Schiedsgericht kein solches war, wie es das Organisationsstatut vorschreibt. — Der Genosse Otto Moris, Hamburg, führt Beschwerde über den Parteivorstand. Der Sachverhalt ist folgender: Vor ungefähr 5 Jahren fand eine Parteiverammlung des dritten Hamburger Wahlkreises statt, in der einige derbe Worte fielen, die zum Klage führten. Moris ist nun der Ansicht, daß der Genosse Schmuckmeier die geäußerten Worte nicht richtig wiedergegeben habe, und er dadurch in Nachteil gekommen sei. Moris stellte darauf an den Vorstand des dritten Hamburger Wahlkreises den Antrag, Schmuckmeier aus der Partei auszuschließen. Der Vorstand hat den Antrag Moris abgelehnt. Moris ist nun der Ansicht, sein Antrag hätte vom Vorstand einer der nächsten Mitgliederversammlungen vorgelegt werden müssen. Da dies nicht erfolgt ist, verlangt Moris vom Parteivorstand eine Untersuchung der Angelegenheit und Feststellung des genauen Inhalts der damals gehaltenen Reden. Der Vorstand sah sich außerstande, diesem Verlangen nachzukommen und lehnte ebenso das Verlangen der Herausgabe eines von Moris an den Parteivorstand des 3. Hamburger Wahlkreises gerichteten Briefes über die von Moris erhobene Beschwerde ab. Die Kontrollkommission konnte nach genauer Prüfung des vorgelegten reichlichen Aktenmaterials dem Parteivorstand nur beistimmen und die Beschwerde Moris ablehnen. Die Kommission möchte ebenfalls beim Parteitag anfragen, ob bei einer event. Revision des Parteivorstandes die Frage der Verjährung nicht in Erwägung gezogen werden sollte. — Der Genosse Keiling erregte durch seine Handlungsweise, indem er den Genossen Scheub als Berichterstatter für Mühlheim benutzte, sowie durch Teilnahme als Turnee an einer Ovation, welche dem Genossen Oriola vor seinem Schloß gebracht wurde, das Mißtrauen der dortigen Parteigenossen. Deshalb ist Keiling aus dem Wahlverein des Wahlkreises Friedberg-Mühlheim ausgeschlossen worden. Das einberufene Schiedsgericht gab Keiling eine scharfe Rüge und hob den Ausschluss aus der Partei auf, schloß Keiling aber aus dem Wahlverein aus. Wegen diesen Schiedsgericht wandte sich der Wahlverein mit der Begründung, daß es nicht zweierlei Mitglieder geben könne. Die Kontrollkommission erwiderte die Beschwerde des Wahlvereins für berechtigt, hob den Ausschluss des Schiedsgerichts auf und schloß Keiling aus der Partei aus. — Genosse Karl Schröder, Zimmerer in Pößeldorf, wurde wegen Streikbruchs (Zusammenarbeiten mit Streikbrechern) aus der Partei ausgeschlossen. Dagegen legte er Berufung ein. Schröder ist Kolter; ihm war gestattet worden, bei der Arbeit zu verbleiben, jedoch nicht mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Dies war jedoch nicht zu wahren. Schröder erhielt bei seiner Anfrage, wie er sich zu verhalten habe, beim Hauptvorstande in Hamburg keine Antwort. Es fehlt im wesentlichen der Vorstand des Ausschussesantrages, ebenso fehlen die Daten über den Verlauf des Streiks. Bei dieser unklaren Sachlage konnte ein Streikbruch nicht festgestellt werden. Die Kontrollkommission hat deshalb das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben.

Durch Urteil des Schiedsgerichts ist der Genosse Kistlermeister H. Dege, Berlin aus der Partei ausgeschlossen worden. Im Vorjahre lief der zwischen dem Holzarbeiterverband und der Organisation der Unternehmer abgeschlossene Tarif ab. Die Richter traten in eine Lohnbewegung und ertrübten eine Lohnminderung und Verzögerung der Arbeitszeit. Die Unternehmer lehnten aber diese Forderungen ab und beschloßen, noch vor Ablauf des Tarifes die Arbeiter auszupätern. Wege, welcher dem Verein Berliner Kistlermeister angehört, spreizt seine Leute ebenfalls und erklärte, daß er in ähnlichen Fällen ebenfalls handeln werde. Die Kommission konnte sich dem Urteil nur anschließen.

Martin Schumann ist in Altona auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins durch Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen worden. Er hatte einen unserer Genossen, der Gemeindevorsteher war, Mitteilungen über Lohnverfügungen der

*) 7. Dortmund: Mitglied in der Partei kann nicht sein, weil einer anderen als der freien Gewerkschaft angehört.

Geschichte genug, um die Frage der Parteischule nach allen Seiten hin zu kritisieren. Über solche Kritik, wie sie Eisner abgibt, ist nicht anzudeuten. Eisner hat eine solche große Ehrfurcht vor der Wissenschaft, daß mit dieser Frage nicht nur die sozialistische Wissenschaft bei Eisner steht, sondern auch die sozialistische Bewegung.

Wer wird nicht unseren Klopffuß loben? Doch wird ihn jeder lesen? Nein, Und wollen weniger eifern Und häufiger geizen sein!

Ein weiterer Beweis, wie leichtfertig die Idee von Eisner ist, ist das Beispiel, das er uns als Gegenstück zu der Parteischule entgegengestellt hat, den Berliner Arbeiterklub (Heiterkeit), den er sich hier geschaffen hat in Gestalt des Genossen Maurenbrecher. Maurenbrecher soll als einziger Lehrer hier dem Proletariat die gesamte Bildung übermitteln. Sein Glaubensbekenntnis hat er in einem — wie Eisner meint, ausgezeichneten — Artikel in der „Frankfurter Tagespost“ niedergelegt, worin es heißt: „Wir freieren zu viel Theorie, müssen die Massen Theorie kennen? (Hört! hört!) Was die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ja, sage nein!“ Der Lehrer muß das wissen, um es in der Klasse zu behalten. (Eisner ruff: Nein, das steht nicht da, das haben Sie zugelegt.) Natürlich, das habe ich zugelegt, aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden. Das habe ich nicht hinzugelegt, das hat Maurenbrecher gesagt und weiter: „Die Theorie ist in ihrer beschaffensten Wirkung oft geradezu eine Erörterung der Kraft und des Entschlusses zum Handeln.“ Die materialistische Geschichtsauffassung, die 40 Jahre einer glänzenden Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland und der Welt geschaffen haben, die Theorien von Marx und Engels, die in Russland das Proletariat vereint haben, haben in der großen Zeit der russischen Revolution einen so großen Einfluß und so großen Erfolg gehabt, aber Eisner, Maurenbrecher und andere urteilen noch sich selbst. Sie glauben, daß die materialistische Geschichtsauffassung in ihrer Weise geleistet wird, und deshalb wünschen sie, daß an der Parteischule nicht Theorie, sondern hauptsächlich die Stoffe der Geschichte des Lebens gelehrt wird. Sie haben keine Ahnung davon, daß das Proletariat den Stoff aus dem täglichen Leben besser als Eisner und Maurenbrecher kennt. Das Proletariat kennt den Stoff besser als Eisner. Was der Stoff tut, ist die allgemeine Auffassung, die Theorie, die uns die Möglichkeit gibt, den Stoff zu systematisieren und zu einer durchdringenden Masse für den Kampf mit dem Gegner zu schmieden. (Redaktioneller Beifall.)

Wenn mich je etwas überzeugt hat von der Notwendigkeit der Parteischule, so ist es die Kritik von Eisner.

Annauer-Sonneberg:

Die Massen der Parteigenossen haben eine schlechte Volksschule besucht, wir können das in der Parteischule erreichen mit Freunden beibringen. — Die Kontrollierung der Parteigeschäfte ist sehr notwendig. Das hat die Parteischule in Königsberg Jahr für Jahr 17000 M. verschlingt, kann nicht so weiter gehen. Die Parteipresse muß den Mittelstücken angepasst werden. Die Mittel brauchen wir zur Existenz. Eine Anzahl Parteigeschäfte müßten wie der „Vorwärts“ ihre Verhältnisse der Partei zur Verfügung stellen. Was den Bericht der Kontrollkommission anlangt, so kann doch nicht jemand aus formalen Gründen Recht bekommen, der absolut im Unrecht ist. Von dem nicht zulassen, daß jemand zur bürgerlichen Presse läuft und die eigene Parteipresse betrunken.

Draun-Königsberg:

Die außerordentlich sprechende Kritik Zeinerts am österrösischen Kalender, mit dem wir unter den größten Schwierigkeiten gegen schreckliche Gegner und nicht ohne Erfolg arbeiten, hätte ich nicht erwartet. Diese Inzerte geben kein Recht, von einem öffentlichen Standpunkt zu sprechen. Ohne Inzerte können wir in den Zeitungen nicht auskommen, und auch die Kalender müssen sich finanziell nicht machen. Schwundhafte Inzerte nehmen wir nicht auf. Zeinert hat Gelegenheit genug, seine Kritik und direkt oder indirekt Parteivorstand vorzubringen und nicht unseren Gegnern solche Material zu bieten.

Wels-Berlin:

Stann hat mir einen Teil seiner Ausführungen gegen Zeinert (von vorangegangener Seite) mit dem Brandenburgischen Kalender sprach, nur, der „Wahre Jakob“ erscheint nicht in Brandenburg und wird nicht von Radikalen redigiert. Im „Wahren Jakob“ finden sie ein Beispiel für einen schneidigen Schurk, ein Inzert über ein Räuberüberfall gegen Wagerkeit und für volle, schöne Körperformen. Also das trifft nicht nur Norddeutschland, sondern auch Süddeutschland, nicht nur radikale, sondern auch andere redigierende Blätter. Wir können nur auf dem Boden diskutieren, daß man fragt, ob die Inzerte überhaupt aufgenommen werden sollen oder nicht. Als Vorsitzender der Parteikommision des „Vorwärts“ weiß ich, daß häufig genug Bescheidungen einlaufen, weil dieser oder jener trotz der strengsten Weisung der Inzerte für überboten glaubt. Unzufrieden und offenbar schwindelhaft Inzerte werden wir von vornherein aus. Die Inzerte haben im „Märkischen Volkboten“ 4000 M. Einnahme gebracht. Wir können aber das Verbot an Einnahmen haben, hätten wir nicht zwei Drittel der Inzerte zurückgewiesen. Wir nehmen also ohne eine Erklärung vor. Die Anweisung müßte ich unterstützen, daß der Parteivorstand öfter mit den Bezirks- und Landeskommissionen zusammenkommt, dann würden Kassenabrechnungen über die Inzerte usw. hier jedenfalls nicht mehr vorzukommen. Das zur Parteikassefrage bisher niemand sich zum Wort gemeldet hat, begrüße ich. Es beweist mir, daß der Parteivorstand in dieser Frage einig ist und der Resolution des Parteivorstandes einstimmig zustimmt. Auch in der Verurteilung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Hier zeigt sich, wie unbedeutend unsere vorjährige Bildung gegenüber dieser Organisation war. Gätten wir damals dem Westfälischen gegenüber andere Seiten angeschlagen, dann wären diese Schwärzereien nicht möglich gewesen. Die wissenschaftliche Organisation bereitet die organisierten Arbeiter durch Vermittlung von Streikbrechern gemeinsam mit Zeinert und den Reichs-Vandern.

Eisner: Ich wäre am Schluß der Sitzung darauf eingegangen, wie es aber jetzt schon. Ich möchte den Parteivorstand ersuchen, die Idee der Ausschläglichen Westfälischen, die vor einem Jahr auf diesen Parteivorstand ist, der Beschlusseskommission zu überweisen, damit dieser Parteivorstand damit zu Ende kommt.

Oranienwald:

Vor einigen Tagen erschien in der „Frankfurter Tagespost“ ein Artikel Eisners, der sich mit der Frage der Parteischule beschäftigt. Wenn man damit seine heutige Rede vergleicht, so muß man sich fragen, ob der Artikel von derselben Person geschrieben worden ist. Denn eine solche begriffverwirrende Rede, wie sie heute Eisner im Anschluß an seine Kritik der Parteischule gehalten hat, wird schwerlich irgendjemand finden. Da ist es natürlich gar kein Wunder, wenn in einer solchen allgemeinen Fassung, die in einzelnen Sätzen alle mögliche Denkmöglichkeit zuläßt, sich Widersprüche finden. Man wird zu Eisner gewiß Recht geben, daß der Geist des Proletariats einer der wichtigsten und verantwortungsvollsten ist, aber daraus zu folgern, daß Arbeiter, die ein halbes Jahr, nachdem sie jahrelang die Parteischule besucht haben, die Parteischule besucht haben, das Proletariat zu unterfragen ist, ist mir möglich, wenn man alles in einen Topf wirft. Denn diese Arbeiter, die dort von der Parteischule kommen, werden nicht über alles Mögliche oder Unmögliche reden, den Charakter haben sie gar nicht, sondern sie wollen weiter über ganz konkrete theoretische und praktische Fragen ihre Meinung äußern. Dann schadet es auch gar nichts, wenn einmal eine über Theorie redet, das seine beschriebenen Grenzen übersteigt. Das Geschöpf der Welt: Post und Schinken. Bis wir werden, ist von diesem Inhalt. (Sehr richtig.) Ich meine, daß wir in das, was wir uns vornehmen, auch hinein-

zuweisen. In diesem Sinne kann es nicht schaden, wenn unter den Tausenden von Arbeitern, die als Lehrer aufgetreten sind, sich Leute finden, die den Stoff nicht völlig beherrschen. Sie sind gerade dadurch hingewachsen, daß sie ihre Grenzen überschritten haben. Ich kann es mir vorstellen, daß theoretische Literaten bürgerlicher Tendenz in Fragen der Werttheorie nicht hineingewachsen können, aber Arbeiter, die das Wesen dieser Werttheorie am eigenen Leib verspürten und sich dann theoretisch unterrichten lassen, können in durchaus anderer Weise lernen. Noch weiter als Eisner geht Maurenbrecher. Und er hat diesen Artikel nicht nur in der „Frankfurter Tagespost“, die ja immerhin noch ein Parteiorgan ist, gebracht (Heiterkeit), sondern sich in der „Pöffe“ noch viel konzentrierter und energischer über das ausgelassen, was er eigentlich denkt. Und er ist ehrlich und offen genug, daß er in der „Pöffe“ nicht nur mit der bisherigen Praxis des Unterrichts und Lernens, ein Ende gemacht haben will, sondern radikal vorgeht und dem Institut ein Ende gemacht wissen will. In der „Pöffe“ beschränkt er sich nicht darauf, zu verlangen, daß die Theorie nicht die Massen gelehrt werden dürfe, sondern daß man die Theorie überhaupt aufgeben solle, auch für die Lehrer. (Hört! hört!) Maurenbrecher schreibt: Die Frage, ob es überhaupt möglich ist, jemals eine Produktionsordnung zu finden, die allen Menschen das Gefühl des glücklichen Lebens als Kulturmenschen ermöglicht, ist mit den Mitteln geschichtlicher und psychologischer Erörterungen nicht zu erledigen. (Hört! hört!) Das heißt also mit anderen Worten: Das, was wir in der Praxis durch den täglichen Kampf um die politische Macht erreichen wollen, ist eine Sache, die durch geschichtliche und psychologische Erörterungen nicht zu erledigen ist. Das heißt nicht nur die Theorie aufgeben, sondern auch den ganzen praktischen Klassenkampf einfach für unmöglich, erfolglos und nutzlos zu erklären. Wer das mitmachen will, der mag ja zu allem anderen gut sein, aber zu einem Lehrer des Klassenkampfes Proletariats scheint er mir der möglichst ungeeignete Mann zu sein. (Redaktioneller Beifall.)

Berlin-Düsseldorf:

Die Düsseldorfener Parteigenossen sind sehr unzufrieden gewesen mit dem Beschluß der Kontrollkommission, den Ausschluß Zeinerts aufzuheben. Was ich aber besonders rügen muß, ist, daß die Kontrollkommission es nicht für notwendig hielt, irgend eine Begründung an die Düsseldorfener Organisation zu schicken. — Parteischüler sind doch aus allerorten Teile Genossen, die jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig sind, deren Grundbegriffe schon längst erfaßt haben und nur noch eine systematische Ausbildung erhalten sollen. Der Vergleich mit dem Volksschüler, der erst noch jahrelang studieren muß, zeigt eine Art bürgerlicher Auffassung der ganzen Angelegenheit. Wenn Eisner die Werttheorie eine sehr schwierige Frage nennt, so hat er ganz recht, mancher lernt sie sein Leben lang nicht. (Heiterkeit.) Als Schulbuch von dem Werttheorie sprach, welcher den Schülern der Parteischule eingelesen werden mußte, rief Eisner: Sehr richtig! Nun, in Dof hat man in diesem Frühjahr einen Redakteur gesucht. Ein Dofener Genosse, der im letzten Kursus einer der beständigsten Schüler war, hat sich gemeldet. Und was haben die Genossen von Dof? Sie wollten einen Genossen an, der 14 Tage vorher noch der national-liberalen Partei angehört hatte. (Hört, hört!) Lassen Sie den Beschluß, daß die Parteischule weiter ausgebildet werden muß, Mängel sind schließlich vorhanden.

Bremen:

Die Beschlüsse liegen vor, daß es den Kritikern der Parteischule nicht auf die Verbesserung, sondern auf die Beibehaltung des Instituts ankommt. Eisner ist ja offen genug, das in seinem Artikel ausgeprochen. Wenn er wohlwollend für eine Massenbildung der Partei eintritt, so zeigt der Artikel Maurenbrechers, wie sich diese Leute die Massenbildung denken. Sie wollen eine willenlose Masse, die sie knebeln können, die nicht in der Lage ist, sich den Zusammenhang der geschichtlichen Zusammenhänge zu erklären. Die Partei hat alle Ursache, denjenigen Leuten, die seit einigen Jahren systematisch versuchen, die Arbeiter von den zirkulären Dingen abzuheben, sie auf Wege zu verleiten, die nicht zur Eroberung der politischen Macht führen, sondern dazu dienen, einzelnen rechtsstehenden Sozialdemokraten und linksstehenden Liberalen die Massen zu stellen für ihre sozialreformatorischen Bestrebungen, die Wege zu weisen. Ich denke mir das so, daß etwa ein dreimonatiger Sommerkursus für den halbjährigen Winterkursus antritt, damit die Genossen, die zum Teil die Parteischule schon besucht haben, oder auf geistig hoher Stufe stehen, die Möglichkeit zu systematischer Fortbildung haben. Wir haben alle Ursache zu einem Votum des Parteivorstandes, das der Verteidigung über die Parteischule Ausdruck gibt. Das Wohlwollen der Genossen, die fortwährende unterrichtende Arbeit leisten, ist sehr durchsichtig. Ihnen kommt es auf den Inhalt an, auf das, was auf der Schule gelehrt wird. (Beifall.)

Eisner:

Die Arbeiter, wenn sie die Arbeit aufgeben und Literaten von Profession werden, hüten sie „theoretisch“ Arbeit an und sind bereit, sich als Würdige von der angeblichen „Gehelren“-Rasse abzuscheiden. Das hat nicht der Genosse Maurenbrecher geschrieben, sondern Marx. Marx ließ seinen Nezer über den Berliner Parteigenossen Reden aus. Also, was Maurenbrecher geschrieben hat, ist keine Beurteilung der Arbeiter, sondern die Charakterisierung, daß sie überhaupt nicht einmal die Möglichkeit haben, Theoretiker zu werden. Wie gesagt, ich halte das übrigens für sehr übertrieben. Ich bin der Meinung, daß jeder normale und gesunde Mensch die Fähigkeit hat, alle Fragen der Menschheit mit einiger Mühe zu verstehen. Aber es handelt sich gar nicht um so philosophische Erörterungen, die die Genossen Grund und Grund von Logik angelehrt haben, daß die Arbeiter in große Theorien leichter eingeführt werden können, als ein Theoretiker wie Karl Marx. Wogegen ich mich gewandt habe, ist lediglich der Ausspruch, daß ein halbes Jahr durchgebildete Genossen sofort als Lehrer auftreten. Sie haben die Parteischule gehört, deren Argumente darin bestehen, daß Parteigenossen, die es wagen, über die Methode der Parteischule anderer Meinung zu sein, nicht mehr in die Partei gehören. (Zuruf: Das hat niemand gesagt!) Das hat mein Vortrager in seinen Schlussfolgerungen deutlich gesagt. Wenn das die Erziehung ist, dann löse ich mich über die Parteischule verabschiedet worden. Ich halte es für möglich, daß die Möglichkeit gegeben wird, sich wissenschaftlich zu betätigen. Und ich schätze auch die Bedauer nicht davon aus, und ich persönlich würde großen Wert darauf legen, von den Genossen ein halbes Jahr unterrichtet zu werden und zu den Büchern der Genossen Luxemburg die neue Wissenschaft zu lernen. (Heiterkeit.) Das würde uns nichts schaden und der Genossin Luxemburg auch nichts. Im übrigen hat sie in der ersten Hälfte ihres Vortrages, worin sie eigentlich gegen mich polemisierte, — denn wenn ich etwas sage, muß die Genossin Luxemburg gegen mich polemisieren (Sehr gut! und Lachen) —, hat die Genossin Luxemburg in der ersten Hälfte genau das selbe gesagt wie ich. (Redaktioneller Beifall und Zustimmung.) Räumlich, daß man in erster Linie die Geschichte lernen muß. Es handelt sich nicht darum, ob wie Korjizien sind oder nicht, sondern um die Methode des Unterrichts, und vor allem darum, daß wir nicht durch eine Halbbildung einen gewissen Anspruch unter Parteigenossen groß ziehen, den kein Parteigenosse der älteren Schule

bisher erhoben hat. Es ist eine neue Mode, nicht eine alte Mode, daß Parteigenossen mit diesem Anspruch auftreten, und dann mit der Fülle der Wissenschaft des Jahrhunderts ausgerüstet, als ob jeder von ihnen ein Karl Marx oder ein Lassalle wäre, gegen andere polemisieren. (Lachen.) Bescheidenheit ist der Anfang der Bildung. (Zuruf: Wie lange ist Maurenbrecher Genosse?) Maurenbrecher ist zwar noch nicht lange Genosse, aber er hat sich schon jahrelang wissenschaftlich betätigt. Man spricht von einem Maurenbrecher Richter, Maurenbrecher und von Maurenbrecher sind gegenwärtig in der Lage, am meisten für die Volksbildung zu tun. Denn auch in Berlin hat es die Partei noch nicht dahin gebracht, die Wissenschaft so hoch zu schätzen, daß es einen Lehrer im Hauptamt amtiert, der nichts weiter tut, als die Genossen zu bilden. Maurenbrecher ist bei uns auch keineswegs der einzige Lehrer, er ist nur gewissermaßen als Zentrum der Bildungsbestrebungen gedacht. Hierbei ist von uns der einzige Versuch gemacht, inoffiziell in einem bestimmten Bezirk wissenschaftliche Bildung zu betreiben. Auch mein Kollege Weill hält Vorträge, ich halte Vorträge, und ich fordere Frau Luxemburg auf, wenn ihre Zeit es erlaubt, auch mal zu meinen Büchern zu lernen. Ich mache mich anheißig, wenn mir es meine Zeit erlaubt, auch einmal Vorträge über Marxismus zu halten. Ich pflege mich zu allen Vorträgen sehr gründlich vorzubereiten. Mehr als je ist es heute notwendig, den Massen eine Bildung zu bringen. Wer wie ich gefehen hat, daß die Bildungsbestrebungen der Massen daran scheitern, daß ihnen die nächsten Begriffe und Worte fehlen, der wird mir beistimmen. Ich habe nicht gegen die Parteischule, aber wenn der Parteivorstand gleichzeitig die Mittel aufbringen kann, das Problem der Massenbildung zu lösen, dann soll die Parteischule nebenbei existieren und sich vergrößern. Unsere heutigen Arbeiter haben es viel schwerer als die Arbeiter, die die Partei groß gemacht haben. Unsere Arbeiter haben mit den einfachsten theoretischen Erörterungen angefangen, mit den großen allgemeinen Gesichtspunkten. Heute ist die Partei nicht mehr eine wissenschaftliche Gruppe, sondern eine große politische Partei. Jedes Zeitungsbüro! das heute hinausgeht, enthält eine solche Fülle von Stoff, daß ich behaupte, kein Mann kann von den großen Massen vollständig verstanden werden. Das liegt nicht daran, daß die Massen heute dünner geworden sind, sondern daß die Ansprüche sich außerordentlich gesteigert haben. Ich erinnere mich eines wunderbaren Auspruchs von Wolfenbutter, wie der anfang, sich zu bilden, wie er im englischen Kreis Schüler gewesen ist, wie er einmal erst zehn Minuten geredet hat, dann fünfzehn und zwanzig Minuten und auch dann noch nicht mit der Wissenschaft des ganzen Jahrhunderts ausgerüstet war. Er hat heute noch keine zwanzig Vorträge über die Werttheorie. (Wolfenbutter: Ich habe einen Vorlesung mit 6 Vorträgen gehalten.) Wenn Wolfenbutter darüber redet, dann hat er ein Recht dazu, er hat nicht nur ein halbes Jahr in der Parteischule zugebracht, sondern sein ganzes Leben der Arbeiterbewegung gewidmet. Ich halte eigentlich die Absicht, Maurenbrecher zu verzeihen. Ich verzeihe aber darauf und will nur bemerken, daß mein Vortrager aus dem Artikel von Maurenbrecher etwas ganz Neues herausgelesen hat. Das beweist, daß die Parteischule in diesem Falle ihren Zweck gründlich verfehlt hat, denn die ganze Theorie vom Mehrwert läuft doch darauf hinaus, die Menschen denkwürdig zu machen und sie zu selbständigem Handeln und kräftigem Wirken zu erziehen.

Sagt-Merfeldberg:

tritt dafür ein, daß Genossen, die nach sozialistischen Organisationen angehen, aus der Partei ausgeschlossen werden. Der Teil der Parteigenossen, der in den Zentralverband übergetreten ist, besteht gerade aus den Leuten, die immer für die Partei gearbeitet haben, während die, welche bei der Freien Vereinigung geblieben sind, der Partei nicht angehört haben. Wohl behauptet die „Einigkeit“, daß 90 Proz. ihrer Anhänger politisch organisiert sind. Es fragt sich aber, welcher politischen Partei sie angehören. Ich bitte den Parteivorstand, endlich Schluss zu machen. Aber nicht für uns ist, der ist wider uns. (Beifall.)

Zeinert-Hannover:

Wels hat mir gegenüber darauf hingewiesen, daß mit den Inzerten 4000 M. eingenommen worden sind. Dabei sind aber die Kosten des Drucks und Papierses nicht berechnet. Ich mußte diese Sache hier zur Sprache bringen, nachdem uns in Hannover ein Partikular zugeführt war von demjenigen, der die Inzerte in alle Händer bringen will. Es galt zu beschließen, daß die Inzertentempel allgemein in Deutschland Eingang finden. Bei den Inzerten, denen der Parteivorstand Zustimmung gibt, können wir wohl eine Kontrolle über die Reinheit der Illustration verlangen. Daß ich mit meinen Ausführungen die radikale Richtung habe treffen wollen, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil ich mich ja auch gegen die Annahmen im „Wahren Jakob“ gewandt habe.

Statt Settin:

Ich möchte einige Ergänzungen zu dem anführen, was unsere Genossin Luxemburg betreffs der Notwendigkeit sagt, sowohl dem Bildungswort der Parteischule, wie auch dem Bildungswort, der durch die Wanderkurse des Bildungsausschusses vermittelt wird, die Geschichte des Sozialismus hinzuzufügen. Der Bildungs-ausschuss stimmt durchaus dem Gedankengange zu, den Genossin Luxemburg in dieser Beziehung entwickelt hat und hat auch bereits alle einschlägigen Schritte getan, damit die Wanderkurse nach dieser Richtung hin ausgebaut werden. Das kann aber nicht eher geschehen, als bis die Kräfte vorhanden sind, die den Bildungsausschuss eine gewisse Garantie dafür bieten, daß die Geschichte des Sozialismus auch in einem wirklich gründlichen und befriedigenden Sinne vorgetragen wird. Das sind Vorträge, die vorbereitet werden müssen. Ich bin aber überzeugt, daß es gar nicht lange ansetzen wird, daß durch die Wanderkurse die sehr berechtigten Forderungen unserer Genossin erfüllt werden. . . .

Ich möchte dann einiges erwidern auf die Ausführungen Eisners. Er hat für die Bildungsbestrebungen den Ruf ausgegeben: Zurück auf die Methode und die Art und Weise der theoretischen Bildung in der Partei, wie sie in den Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegung praktiziert worden ist, und er hat als müßiggelügend auf den Entwicklungsgang Wolfenbutter's hingewiesen. Ich sage, wenn wir auf die gleiche Bildungsmethode und den gleichen Bildungsinhalt zurückgreifen wollten, so würden wir die 40 Jahre der Entwicklung, die seitdem verfloßen sind, aus der theoretischen Geschichte der Partei austreiben. Wir haben aber nicht 40 Jahre umsonst gearbeitet, sind nicht 40 Jahre lang umsonst mit der sozialistischen Erkenntnis unter die Massen gegangen. Es ist jetzt eine ganz andere geistige und sittliche Atmosphäre unter den Arbeitern vorhanden als vor 40 Jahren, und wir können deshalb auch den Bildungswort in ganz anderer Weise durchbringen, zusammenfassen und den Massen übermitteln, als es in jener Zeit geschehen ist. Die Massen bringen heutzutage für die sozialistische Erkenntnis und Theorie eine ganz andere psychologische Disposition mit als in den Zeiten, wo es galt, in geistiger Beziehung die Arbeiterbewegung erst von der bürgerlichen Ideologie überhaupt loszureinigen. Genosse Eisner hat sich entschieden dagegen verhalten, daß die Parteischüler hinausgehen unter die Massen, um zu lehren, nachdem sie kaum fertig gelernt haben, sondern erst die tiefste, nachhaltigste Aregung erhalten hatten, um weiter zu lernen. Aber wie liegen die Verhältnisse in der Partei in den Gewerkschaften? Die Proletarier können nur arbeiten, können nur wirken, etwas werden nach dem Grundgesetz, der auch in der Pädagogik gilt, daß im Lehren gelernt werden muß. Das gilt auch für die Parteischüler. Um diesen Grundgedanken in seiner ganzen Tragweite zu erfassen und zu verwirklichen, arbeiten sie meiner Meinung nach in der Parteischule. Wolfenbutter ist ein lebendiges Beispiel dafür, was ein Proletarier auch in theoretischer Beziehung werden kann. Er hat den besten Beweis der theoretischen Reife erbracht und Lehrend, als Agitator unter den Massen, als Parlamentarier im Reichstag und im letzten Winter in Berlin erbracht, wo er abscheidend mit der Genossin Luxemburg über die nämlichen theoretischen Probleme gelehrt hat in großen, von Hunderten besuchten Volksversammlungen.

